

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 2 gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Die neu hinzutretenden Abonnenten erhalten den bisher erschienenen Theil des fesselnden Romans „Gesucht und gefunden“ gegen Vorzeigung resp. Einsendung der Abonnements-Quittung in unserer Expedition, Zimmerstraße 44, in einem Separatabzuge gratis und franco nachgeliefert. In gleicher Weise werden die bisher erschienenen Nummern des „Illustrirten Sonntagsblatt“ verabsolgt.

Nochmals der Maximalarbeitsstag.

Die Gegner des Maximalarbeitsstages, der selbstverständlich eine möglichst geringe Stundenzahl für den Arbeitstag normiren soll, zeigen gern darauf hin, daß gegenwärtig schon in Deutschland im Durchschnitt nicht über 10 bis 11 Stunden gearbeitet werde und daß in der Schweiz und neuerdings in Oesterreich die Maximalarbeitszeit auf 11 Stunden festgesetzt worden sei.

Für die Schweiz halten wir diese Arbeitszeit allerdings für zu hoch bei dem ziemlich entwickelten Maschinenwesen, welches dort herrscht. Ob aber für Oesterreich die Maximalzeit eine richtige ist, das kann man wohl heute wohl noch nicht bestimmen; man möge erst einige Probejahre abwarten.

Für Deutschland aber wäre eine neunstündige Arbeitszeit sicherlich übergenügend, da die Industrie sich in den letzten 15 Jahren hier ungemein entwickelt hat. Rehn bis elf Stunden täglicher Arbeitszeit finden wir also für Deutschland zu hoch.

Aber die Gegner des Maximalarbeitsstages wissen sich auch hierbei herauszureden, indem sie triumphierend den Anhängern desselben zurufen: „Seht, gegenwärtig wird ja in zahlreichen Fabriken Deutschlands nur 6-8 Stunden gearbeitet, das ist eine weit geringere Arbeitszeit, als die Anhänger des Normalarbeitsstages sie erzielen wollen.“

Die Herren, die also sprechen, wissen augenscheinlich gar nicht, worum es sich bei Feststellung eines Maximalarbeitsstages eigentlich handelt. Ganz bestimmt haben sie recht, wenn sie sagen, daß in Deutschland eine 10-11 stündige Durchschnittsarbeitszeit jetzt schon herrsche. Aber diese Durchschnittsarbeitszeit vertheilt sich in einer gewissen Frist einige Zeit lang auf täglich vielleicht 13-14 Stunden und einige Zeit lang nur auf 6-8 Stunden. Darin liegt der Falen. Massenproduktion, dann wieder Geschäftstillen; etwas höherer Lohn, dann wieder bedeutende Lohnverfärgung.

Gerade in diesem ewigen Schwanken liegt das Ungefunde unserer Produktionsverhältnisse und zugleich auch der Lage der Arbeiter.

Hier soll der Maximalarbeitsstag regelnd eingreifen; er soll nicht dulden, daß mehr als 9 Stunden täglich gear-

beitet werde, damit nicht durch längere Arbeitszeit Ueberproduktion eintrete, und dann plötzlich wieder Arbeitszeitverminderung bis zu 6 Stunden täglich und Arbeiterentlassungen stattfinden.

Daß bei der gesetzlichen Einführung der Maximalarbeitszeit Ausnahmen stattfinden müßten z. B. bei der Landwirtschaft, das noch die Maximalarbeitszeit bei verschiedenen Gewerlen verschiednen festgesetzt werden müßte, versteht sich von selbst. Wir haben nur deshalb für Deutschland eine neunstündige Arbeitszeit hier angegeben, um für unsere Betrachtungen eine allgemeine Durchschnittsziffer zu haben.

Ferner erklären die Gegner des Maximalarbeitsstages denselben für solange, als er nicht in allen Kulturstaaten eingeführt werde, unmöglich für ein einzelnes Land, weil es dann den andern Ländern gegenüber Konkurrenzunfähig würde. Wir haben uns schon über diese Ansicht, die auch in Bezug auf die Beschränkung der Frauenarbeit und das Verbot der Kinderarbeit geäußert wurde, kürzlich ausgesprochen; wir sagten, daß die Qualität der Waaren dann die verminderte Quantität ersetzen und so die Konkurrenzfähigkeit wieder herstellen würde.

Und dasselbe ist bei der Einführung eines Maximalarbeitsstages der Fall.

Andererseits müßte ja auch ein Land, welches höhere Löhne zahlt, nicht mit einem Lande konkurriren können, welches niedrigere Löhne den Arbeitern zulommen läßt!

Hören wir darüber einmal ein Fachblatt:

„Daraus, daß in Deutschland die Arbeitslöhne durchweg höher sind als in Oesterreich-Ungarn, in Frankreich höher als in Deutschland, in England höher als in Frankreich und in Nordamerika endlich höher als in England, daraus folgt noch nicht, daß in Ländern mit höheren Arbeitslöhnen infolge derselben die Produktionsbedingungen für die Industrie ungünstiger sein müssen. Vor allem ist dabei die Menge und die Güte der Arbeitsleistung in Betracht zu ziehen. Ferner spielen die zur Arbeit benutzten Werkzeuge und Maschinen, die Güte der Rohstoffe, die Organisation des Betriebes und das Ineinandergreifen der verschiedenen Beschäftigungen eine wichtige Rolle. Obsonen der englische Spinner wöchentlich bis fünfundsünfzigstündiger Arbeitszeit doppelt so viel verdient, als der deutsche bei 70-80 Stunden Arbeit, so erfreuen sich die englischen Spinnereien dennoch wohlfeilerer Produktionsbedingungen, als die kontinentalen, da in England hauptsächlich infolge der größeren und besseren Maschinen zum Betriebe von 1000 Spindeln nur 3-4, in Deutschland dagegen 7-10, in Oesterreich und Italien bis zu 13 Arbeitern erforderlich

sind. Nach den Berechnungen eines englischen Fachmannes kommen durchschnittlich auf den einzelnen Arbeiter in den Baumwollspinnereien Deutschlands 12-1500, Englands 2914, Nordamerikas sogar 4350 Pfund verarbeiteter Baumwolle jährlich. Bei Wolle stellen sich die Zahlen auf 1000, 1375 und 1640, bei Seide auf 59, 71 und 87 Pfund jährlicher Verarbeitung, so daß darnach der nordamerikanische Arbeiter der leistungsfähigste wäre und obwohl er der bestbezahlteste ist, doch infolge seiner weitaus überlegenen Leistungsfähigkeit wohlfeiler produziren könne, als die europäischen Arbeiter.“

Auch aus diesen Auseinandersetzungen geht hervor, daß die englischen Arbeiter bei einer weit geringeren Arbeitszeit mehr leisten in Folge der besseren Einrichtungen im Fabrikbetriebe; auch wird angedeutet, daß sie bessere Arbeit leisten als die deutschen — und dabei spielt untrüglich die geringere Arbeitszeit eine Rolle. Bei gleichmäßiger neunstündiger oder gleichmäßiger noch geringerer Arbeitszeit wird der Arbeiter viel besser arbeiten können, als wenn er eine Zeit lang 14 Stunden, dann wieder eine Zeit lang 6 Stunden täglich arbeiten muß; im ersteren Falle wird der Arbeiter immer abgespant sein und die Arbeit nicht mehr genau beachten können, im anderen Falle aber kann es leicht vorkommen, daß der Arbeiter träge und gleichgiltig wird. Darunter aber leidet die Qualität der Produkte.

Die möglichste Gleichmäßigkeit im Lohne und in der Arbeitszeit wird die besten Arbeitskräfte erzeugen. Sie wird daneben einen frohen, schaffensfreudigen Arbeiterstand hervorbringen.

Und hierzu soll in der Hauptsache die gesetzliche Einführung eines Maximalarbeitsstages beitragen.

Politische Uebersicht.

Ein ganz neues Einschüchterungs-Manöver. Die Konservativen, welche die ihnen in der Wahlprüfungskommission des Reichstags zustehenden Stellen mit lauter preussischen Landrathen besetzten, sind, wie man der „Dresl. Ztg.“ schreibt, auf eine neue Art von Einschüchterung verfallen. Sie nehmen Abschrift der gegen ihre Mitglieder eingereichten Wahlprotokolle und veranlassen dann die ungelieblichen Wahlmänner beschuldigten Konservativen, die Proteste heber beim Staatsanwalt wegen Verleumdung zu denunziren. Das Vorgehen der Staatsanwälte in solchen Fällen wird im Reichstage einer ernsthaften Kritik unterworfen werden müssen. Ein eklatanter Fall liegt im Kreise Deitsch vor. Der Protest beschäftigt sich vorzugsweise mit Wahlbeeinflussungen des konservativen Parteiführers Landrath von Rauchhaupt und anderer Beamten, sowie einzelner Wahlvorsteher. Herr von Rauchhaupt vernimmt nun wegen der Wahlprotokollbehauptungen polizeiliche Zeugen und befördert

auf- und abschrift, den Macaulay in der Hand, und eifrig die Geschichte der Katharina von Medici studirend.

Und dort auf der Nasenbank neben der Laube von Astrolochium saß, das Haupt in die Hand gestützt, ganz allein ein junges, schönes Mädchen. Die blonden, vollen Locken fielen über den schönen Arm herab, und ihr sanftes, blaues Auge war feucht.

Sie meinte nicht . . . Es war der namenlose Schmerz, die Resignation, welche sich in diesen Augen abspiegelten. Sie achtete nicht auf alle ihre Leidensgefährtinnen, sondern war nur mit sich und ihrem Schmerz beschäftigt. Viele saßen in ihrer Nähe, Viele gingen an ihr vorüber, sie blickte nicht auf. Da drang eine Stimme an ihr Ohr, eine sanfte, weiche wohlthörende Stimme.

„Miß Elly, liebe Elly!“
Wie elektrisirt sprang sie auf und lag Mrs. Forster im Arm.

„D, wie habe ich mich gesehnt, Sie wieder zu sehen!“ rief das junge Mädchen voll innigster Freude.

„Sie sind dieses Jahr später gekommen als sonst?“
„Ach, ich wollte mein liebes Kind, daß ich es nicht nöthig hätte, wieder in dieses Haus zu kommen.“

„Ja, ja, ich glaube Ihnen und wünsche es Ihnen von Herzen. . . Wohl Demjenigen, der nicht in diesem schrecklichen Hause zu verweilen braucht. . . Eine Bettlerin, welche in Ruhe in ihrem Hause lebt, ist glücklicher als Sie, die hier, wenn auch mit allem Wohlstand umgeben, doch nur eine Gefangene ist. — Ach, Mrs. Forster, Sie wissen, was es heißt, die einzig fühlende Brust zu sein unter lauter Genossinnen, deren Seele unmachtet ist.“

Madame Smith schüttelte den Kopf und flüsterte ihrer Herrin zu:

„Das glaubt jede Jere! Sie halten Alle sich allein für vernünftig, und darin liegt eben der Wahnsinn dieser jungen Dame.“

„Möglich, daß Sie Recht haben!“ antwortete Elly, welche diese Worte gehört hatte; „ich weiß es gar nicht, ob ich wirklich wahnsinnig bin oder nicht. Meine Verwandten sagen es, Mr. Gesserfon sagt es. Ich fürchte, daß

Reuilleton.

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dux.

(Fortsetzung.)

Die Fenster waren Schiebefenster und wenn man dieselben in die Höhe schob, um sie zu öffnen, so zeigten sich hinter denselben die Sprossen des zweiten Fensters, welche die Vergitterung bildeten; aber dieser so vorsichtig angebrachten Vergitterung hatte man den Schein des Gefängnisses noch dadurch genommen, daß man Ranken von Schlinggewächsen an ihnen in die Höhe gezogen hatte, die dem Ganzen nicht nur das Abschreckende nahmen, sondern sogar dem Zimmer zur Zierde gereichten.

Mistres Forster kannte diese Zimmer und war mit der Einrichtung so vertraut, daß sie nicht erst der Anleitung der zu ihrer persönlichen Aufwartung ihr beigegebenen Aufwärterin bedurfte, um von den einzelnen Möbeln Besitz zu nehmen. Mit Hilfe der Frau Smith, ihrer Wärterin, vertauschte sie die Reifelleidung mit einer einfachen Hauskleidung in dunkler Farbe. Dann ließ sie ihr Haar ein wenig ordnen, das dicht und lang nach hinten zusammengehalten wurde durch einen goldenen Pfeil.

Sie befaßl darauf, daß die Effekten, welche sie mitgebracht, auf ihr Zimmergeschafft und in die verschiedenen Schränke und Schubladen untergebracht würden, und ersuchte dann ihre Begleiterin, mit ihr in dem Park zu promeniren.

Es war in der That, als ob die Dame sich, nachdem sie sich einmal in Bethesda heimisch gemacht, ruhiger fühlte. Ihre Thränen flossen nicht mehr, und die tiefe Trauer in ihrem Antlitz ward ein wenig verklärt durch einen leisen, ganz leisen Schimmer der Hoffnung. . . . der Hoffnung auf Genesung, während sie die Treppe des Seiteneingangs hinabstieg und die schönen liebbestreuten, ebenen Pfade des Parks betrat. Der Park bestand aus großen Rasenplätzen, welche von mächtigen Bäumen beschattet waren. Hier und da waren reizende Blumenpartien und Lauben angebracht, welche allerdings von

oben hinlänglich Schatten hatten, von der Seite aber nicht so dicht waren, daß man nicht hätte die Personen sehen können, welche darin saßen.

Diese Vorsicht hatte man gebraucht, um die Aufseherinnen die Beaufsichtigung der promenirenden Kranken zu erleichtern. Aus demselben Grunde hatte man auch die Anlagen von Strauchwerk und Bosquets im Park vermieden, desto mehr Gewicht aber auf anmuthige, schattige Spielplätze und recht idyllisch angebrachte Ruhebänke von Rasen oder Baumzweigen Rücksicht genommen. Auf den ersten Blick hätte man meinen können, daß die hier anwesenden Damen, welche sich mit Spielen aller Art unterhielten, oder welche, in eifriger Konversation begriffen, auf den Bänken saßen, oder in den Lauben lasen, oder Arm in Arm promenirten, nichts anderes seien, als was die Damen der haute-volée waren, welche sich im Rottenrow oder Hydepark ergingen. Allein eine genauere Betrachtung der Gruppen belehrte den Besucher bald, daß er es nicht mit harmlosen Spaziergängerinnen zu thun habe.

Es waren hier und da Szenen, welche tief ergreifend, das Gemüth mit Mitleid und Trauer erfüllen mußten. Wie rührend war jene Frau, welche dort unter dem Schatten eines Baumes saß und ein Bündel Kleidungsstücke, das sie in einer Rolle zusammengekehrt, wie ein Kind im Arme wiegte! Wie sie diesem ihrem vermeinten Kinde ein Schlummerlied sang und es mit emsiger Sorgfalt schützte, daß die Sonnenstrahlen es nicht belästigten. Wie herzerreißend klang das Lied, das dort ein junges Mädchen in einer Laube vor einigen Zuhörerinnen sang! Ein Lied dessen Inhalt Entsagung von allem irdischen Glück, hoffnungslose Liebe, hoffnungsloses Leben war! In der Nebenlaube las mit erhobener Stimme eine ältere Dame aus ihrem Tagebuche vor. Es waren allerdings Produkte einer Wahnsinnigen, allein durch all' die Tollheiten, welche sie niedergeschrieben, blickte doch der Schmerz eines gramgefolgerten Herzens hindurch.

Nicht alle Kranken liebten die Gesellschaft. Auch solche waren vorhanden, welche die Einsamkeit vorzogen. Zu diesen gehörte auch die Dame mit der stolzen Haltung, der imposanten Figur, die auf einem entlegenen Wege einsam

Beleidigungs- oder Verleumdungsdenunziationen. Der Staatsanwalt aber geht darauf ein und läßt die Proteste der zur gerichtlichen verantwortlichen Vernehmung vorladen. — Hoffentlich wird der Reichstag ein derartiges Verfahren als ungesetzlich bezeichnen.

Zur Dampfersubventionsvorlage ist dem Reichstag eine Petition der deutschen Schiffbauer zugegangen, welche verlangt, daß bei Einrichtung subventionirter Linien den Interessen des deutschen Schiffbaues Rechnung getragen werde. Insbesondere wird auf die Nothwendigkeit hingewiesen, für die auf den Haupttrouten einzustellenden Schiffe Neubauten zu veranlassen und vorhandenes Schiffsmaterial in diese Linien nur auf höchstens 12 Monate einzustellen. Die Petenten legen das Hauptgewicht darauf, daß die neuen Schiffe aus deutschem Material und auf deutschen Werften hergestellt werden. — Wie man berichtet, hat die Reichsregierung eine Enquete angeordnet, um festzustellen, welcher der drei Hafenorte, Brindisi, Genua oder Triest, für die vom Reich zu subventionirte Dampferlinie die überwiegenden Vortheile darbietet. Dabei wird selbstverständlich auch nicht außer Betracht bleiben, daß das deutsche Reich mit einem Betrage von 20 Millionen Mark als subventionirender Staat an der Gotthardbahn und ihren Erträgen theilhaftig ist.

Auf Grund des Sozialistengesetzes verbietet das Berliner Polizeipräsidium die in der Schweizerischen Genossenschafts-Buchdruckerei Hottinger in Zürich gedruckte nichtperiodische Druckchrift „Der Normal-Arbeitstag“ von August Weib.

Die Zahl der im vorigen Jahre aus Berlin ausgewanderten russischen Staatsangehörigen beträgt 242.

Ueber die Bierbrauerei und Bierbesteuerung im deutschen Zollgebiet während des Etatsjahres 1883—84 veröffentlicht das soeben erschienene Novemberrheft zur Statistik des Deutschen Reichs eine Reihe von Nachweisungen und Tabellen, aus denen kurz das Nachstehende zu entnehmen ist. Die Zahl der im Laufe des Jahres innerhalb des Reichssteuergebiets im Betriebe gewesenener Brauereien, die 1872 14 157 betrug, ist seit jener Zeit von Jahr zu Jahr zurückgegangen und betrug 1883—84 nur noch 10 703, von denen 9625 gewerbliche Brauereien waren. Im Ganzen wurden von den Bierbrauereien des Reichssteuergebiets im Jahre 1883—84 4 725 731 Doppelpentner Maß (darunter 4 578 015 D. S. Gerstmaß) und 24 659 D. S. Malzsurrogate verarbeitet und hieraus 23 591 919 hl Bier gewonnen, wovon 35 pCt. obergähriges Gebräu war. In Bayern wurden im entsprechenden Zeitraume produziert 12 265 412 hl, in Württemberg 3 083 823 hl, in Baden 1 220 728 hl und in Elsaß-Lothringen 823 326 hl Bier. Im Durchschnitt der Jahre 1872 bis 1883—84 berechnet sich das produzierte Bierquantum auf den Kopf der Bevölkerung im Reichssteuergebiet zu 62, in Bayern 250, Württemberg 187, Baden 73, Elsaß-Lothringen 54 und im ganzen Zollgebiet zu 89 Liter. Der Bruttoertrag der Brausteuer stellte sich 1883—84 im Reichssteuergebiet zu 19,2, Bayern 31,9, Württemberg 7,3, Baden 3,9 und Elsaß-Lothringen 1,8 Millionen Mark; und im 12jährigen Durchschnitt berechnet sich die Steuer auf 1 hl Bier im Reichssteuergebiet zu 0,84, Bayern 2,0, Württemberg 1,69, Baden 2,46 und Elsaß-Lothringen 2,21 Mark, dagegen auf den Kopf der Bevölkerung zu beziehungsweise 0,52, 4,99, 3,15, 1,78 und 1,20 Mark. Der Bierverbrauch im ganzen deutschen Zollgebiet ist unter Berechnung der Einfuhr und Abzug der Ausfuhr für 1883—84 berechnet zu 39,9 Millionen hl oder 87,8 Liter auf den Kopf der Bevölkerung gegen 85,0 Liter im Vorjahre und 87,5 Liter im 12jährigen Durchschnitt.

Der „Patriotische Verein Bornsfla“ zu Kassel erläßt einen Aufruf an das „deutsche Volk“ zur Bildung eines Nationalfonds für die von Reichswegen in Aussicht genommene Arbeiteraltersversorgungskasse, welche dem Reichsanwalt als Ehrengabe zu seinem 50jährigen Dienstjubiläum zur weiteren Verwendung gewidmet werden soll. — Unserer Ansicht nach wird eine von Reichswegen ins Leben tretende Altersversorgung der Hilfe des „patriotischen“ Vereins durchaus nicht bedürfen.

Eine gemeinsame Krankenkasse für die ländlichen Arbeiter auf der Insel Rügen hat man — wie man dem „Reichsfreund“ von dort schreibt — durch Reichstagsbeschluß eingeführt. Aber wo? Der Beitrag ist nach einem Tagelohn von 1 Mark 50 Pf. berechnet und beträgt wöchentlich für den Arbeitnehmer 18 Pfennige und für den Arbeitgeber 9 Pfennige. Nun ist aber der Lohn in Wirklichkeit jetzt nur 50 bis 75 Pfennige bei Löffelkost; das heißt, Brot, Butter, Fleisch sind bei dieser Kost ausgeschlossen, es werden Kartoffeln mit Salz in Wasser oder auch Mehl oder Grütze in etwas Milch und Wasser gelocht den Arbeitern verabreicht. Da der Arbeiter hier im Winter keine andere Beschäftigung hat, als auf dem Gute, so muß er mit dem, was man ihm dort giebt, zufrieden sein. Die Mehrzahl freilich muß im Winter Schulden machen, die im Sommer abzutragen sind. Die gemeinsame Krankenkasse ist seit 1. Dezember in Kraft, aber in der Anwendung herrscht die größte Verwirrung. Einzelne Güter nehmen ihren fremden verheirateten Arbeitern den Beitrag ab, andere hin-

ich es bin, und wenn ich es nicht bin, daß ich es hier werde. . . Ach, wie viel Jahre schmachte ich, eine Gesangene, in dieser entsetzlichen Anstalt.“

„Armes, armes Kind!“ sagte Mrs. Forster.

Sie nahm Elly's Arm und ging mit ihr in dem breiten Kiesweg unter schattigen Linden auf und ab, während Madame Smith ihnen in einiger Entfernung folgte.

Das Wiedersehen der beiden Patientinnen war beobachtet von einem Manne, der an Beiden gleich großes Interesse nahm. Fritz Rodenburg promenierte ebenfalls in dem Park, denn nach seiner Ansicht konnte der Irrenarzt den Charakter seiner Kranken am besten beurtheilen, wenn er sie beobachtete, wo sie sich ganz gaben, wie sie sind, zwanglos, ohne Verstellung, und ohne Rücksicht auf ihre Umgebung, denn er hatte oft die Erfahrung gemacht, daß die Wahnsinnigen, wenn der Arzt sich persönlich mit ihnen unterhält, sich entweder sehr zusammennehmen, um ihm ihre fixe Idee nicht bemerken zu lassen, oder ihn auf eine schlaue Weise über ihren Zustand zu täuschen suchen. Er hatte bereits Miß Elly beobachtet, während sie auf der Rasenbank, mit ihren Gedanken beschäftigt, saß. Schon längst hatte er Gelegenheit genommen, die Art ihres Wahnsinns zu erforschen, und er hatte sich zu seiner Beschämung sagen müssen, daß er keine Spur von Wahnsinn an ihr entdeckte, als den festen Glauben, daß sie ganz gesund sei, und eine namenlose Sehnsucht nach Freiheit. Während er sie so bekümmert auf der Rasenbank sitzen sah, wandte er sich an eine der älteren Wärterinnen mit der Frage:

„Wie lange ist diese junge Dame in der Anstalt?“

„Seit zehn oder elf Jahren!“ war die Antwort.

„Wer brachte sie hierher?“

„Das weiß man nicht! . . . Sie ward von einem fremden Manne begleitet. Offenbar ist sie ein Kind vornehmer Eltern, denn es wurde eine sehr hohe Summe für sie eingezahlt an Alimenter für ihre Lebenszeit, mit der Weisung, sie hier zu behalten, bis sie von ihren Angehörigen zurückgefordert würde.“

gegen nicht und ihren eigenen Rathenleuten überhaupt nicht. Darüber ist der Unwille unter den Arbeitern sehr groß. . .“

Kön. Seit einigen Tagen werden sämtliche der Zivilbesitzer angehörige Besucher der hiesigen Artillerie-Kaserne an den Dominikanern von dem am Eingang stehenden Posten auf die Wache geführt, wo Name und Stand des Besuchers, sowie die Zeit seines Kommens von dem wachhabenden Unteroffizier in ein Buch eingetragen werden. Beim Weggehen hat der Besucher sich abermals auf der Wache zu melden, damit auch der Zeitpunkt des Verlassens der Kaserne notirt werde. Ohne Zweifel hat man es hier mit einer Maßregel zu thun, welche mit den neuesten Durchsuchungen der Kaserne nach sozialdemokratischen Schriften zusammenhängt. — Ueber die unheimliche Sendung eines mit Sprengstoffen z. gefüllten Koffers an eine Familie in Nippes bei Köln theilt die „Köln. Zeitung“ noch folgendes mit: Der in Nippes verhaftete Arbeiter, an welchen der Koffer mit Dynamit, Pulver und Säuregeschichten wurde — in dem Behälter befanden sich noch Verleumdungsstücke — ist seines Reichthums Anreicher und heißt Jakob Merzenich. Derselbe hat sich seit 1879 in Holland und Belgien aufgehalten. Der Koffer kam auf der Eisenbahn von Brüssel. Merzenich ist bereits dem hiesigen Amtsgericht übergeben worden.

Aus Bayern wird der „Germania“ die Nachricht der „Reichstg.“, daß in einem jüngst abgehaltenen Ministerrathe der Finanzminister sein Vortreffliche zur Disposition gestellt habe, bestätigt. Daß die Verhältnisse der Kabinetskasse — es mußte zu ihrer Bilanzierung ein bedeutendes Anlehen aufgenommen werden — die Ursache dieser drohenden Kabinetskrise sind, soll richtig sein, doch hat an der Unlust des Herrn von Riedel, das Vortreffliche weiter zu führen, auch das Reichsbudget seinen Antheil. Wie schon früher öftermählig festgestellt, weist die Erhöhung der Matricularbeiträge die ganze Budgetberechnung des bayerischen Finanzministers um. Zum ersten Male seit seiner Amtsführung hatte Herr von Riedel dem Landtage im Herbst 1883 ein Budget vorlegen können, zu dessen Bilanzierung keine außerordentlichen Mittel notwendig waren. Der Minister war nicht wenig stolz darauf, und seine Staatsrede klang sehr selbstbewußt. Er forderte darum auch 1½ Millionen für die Verbesserung der pragmatischen Beamten mit der ausdrücklichen Begründung, daß Bayerns Finanzverhältnisse sich dauernd gebessert. Herr von Riedel ist durch die Thatsachen widerlegt, und das mag ihn sehr mißmuthig machen. Daß er aber tatsächlich seinen Abschied nehmen werde, ist nicht anzunehmen.

Belgien.

Von den Offizieren in Belgien war bis jetzt kaum einer Mitglied eines kirchlichen Vereins, dagegen gehörten mehrere liberalen Vereinen an. Der Kriegminister, der kein strenger Ultramontaner ist, gerade deshalb aber der kirchlichen Partei von so eifriger entgegenkommt, um ja im Amte zu bleiben, hat nun verfügt, daß kein Offizier Mitglied eines politischen Vereins bleiben darf. Durch diesen Schlag gegen die liberalen Vereine ist es ihm jedoch noch nicht gelungen die kirchlichen zu befehdigen. Ihre Blätter machen den Kriegminister darauf aufmerksam, daß die meisten Offiziere, besonders die höhern Offiziere den Freimaurerlogen angehören und fordern, daß ihnen auch die Mitgliedschaft an diesen Vereinen verboten wird.

Rußland.

Aus einem Vergleiche der aus dem Jahre 1883 offiziell veröffentlichten Daten über den bisherigen Staatshaushalt mit den Ergebnissen des Jahres 1881 sind folgende für den Stand der russischen Finanzen charakteristische Details zu entnehmen: Die Gesamtsumme der Staatseinnahmen stieg von 652 Millionen Rubel im Jahre 1881 auf 699 Millionen im Jahre 1883, während in demselben Zeitraume die Staatsausgaben von 732 auf 721 Millionen sich herabminderten. Die größte Steigerung in den Einnahmen weist die Steuer von geistigen Getränken (von 201 Millionen im Jahre 1874 gegen 263 Mill. im Vorjahre 1883) auf. Die Branntweinconsumtion wächst in bedeutendem Verhältnisse als die Bevölkerungsziffer. Die Zolleinnahmen nahmen seit 1878 bedeutend zu. Im Jahre 1877 betrug deren Gesamtsumme 52 Millionen, im Jahre 1878 in Folge Einführung der Zahlungen in Gold schon 81 und im Jahre 1883 96 Millionen. Die Steuer von Eisenbahn-Fahrtarten stieg von 7 Millionen im Jahre 1879 auf 8 Millionen im Jahre 1883. Das Plus der Einnahmen aus dem Postgefälle ist nur unbedeutend. Die Ausgaben für die Armee fielen von 225 Millionen im Jahre 1881 auf 200 Mill. im Jahre 1883 herab, während das Marinebudget beinahe unverändert blieb. — Zur sibirischen Eisenbahnfrage berichtet die „Now. Wr.“, daß das Ministerkomitee in seiner Sitzung am 18. cr. folgende Resolution gefaßt hat: Die Richtung von Samara nach Ufa und Slatoust ist zu bestätigen und die Vorarbeiten für eine projectirte Linie Slatoust-Selaterinburg sind in Angriff zu nehmen. Was die Fortführung der Bahn durch Sibirien selbst betrifft, so ist hiervon, in Anbetracht der mangelhaften ökonomischen Entwicklung des Landes Abstand zu nehmen. Dem Ministerium der Kommunikationen wird anheim-

„Und für welche Art Wahnsinn halten Sie ihre Krankheit?“

„Sie war Anfangs sehr ungeduldig und heftig; obwohl noch ein Kind, mußten wir sie mit Strenge behandeln, weil sie unaufhörlich schrie und fort wollte. . . Jetzt ist sie still und man merkt keines Ausbruch von Töblichkeit. Sie selbst hat natürlich die Ueberzeugung aller Wahnsinnigen, ganz gesund zu sein.“

„Rein Gott, das Alles, was Sie da sagen, ist ja noch kein Beweis für ihre Krankheit,“ sagte Fritz. „Wenn ein Kind gewaltig in diese Anstalt geschleppt wird — nehmen wir an, es sei durch ein Verbrechen geschehen — wer kann es dem Kinde verdenken, daß es schreit, sich sträubt und sich zurücksetzt nach der Mutter, oder nach Tenjenigen, bei denen es eine liebevolle Pflege hatte? . . . Warum soll sie sich nicht für gesund halten, wenn sie gesund ist?“

„Rein, Sir, sie ist nicht gesund!“ erklärte Madame Smith entschieden. „Sie hat die fixe Idee, ihrer Mutter geraubt zu sein; ja zuweilen spricht sie auch die Vermuthung aus, daß man sie habe umbringen wollen, erzählt sogar schreckliche Geschichten von einem Manne, der sie hat umbringen sollen auf Befehl ihres Vaters; alles Dinge, welche an unsere schlimmsten Kranken erinnern.“

Fritz schüttelte den Kopf. — Dergleichen Anschauungen sahen allerdings nach Wahnsinn aus.

„Sprich sie noch von dergleichen?“

„Zuweilen, wenn man das Gespräch darauf bringt! Zu uns spricht sie sich allerdings nicht aus; wenn sie aber zu Jemandem Vertrauen faßt, so sagt sie ihm Alles, und ich bin überzeugt, daß, wenn sie mit Mrs. Forster zusammentrifft, sie dieser wieder die alten Geschichten vortragen wird.“

So weit waren die Beiden gerade in ihrer Unterhaltung gekommen, als die Begegnung zwischen Elly und Mrs. Forster stattfand. Fritz sah die ungeheuchelte Freude Beider, er sah die Freudentränen in den Augen des jungen Mädchens und die Zärtlichkeit in den Augen der älteren Dame. Das war nicht das Wiedersehen zweier Wahnsinnigen.

gestellt, ein Projekt über Anschluß Kasans an das Eisenbahnnetz in der Richtung nach Moskau vorzustellen.

Großbritannien.

Die irische Partei im Unterhause, deren Führer Barnell ist, beabsichtigt, den „Daily News“ zufolge, nächster Parlamentssession einen Entwurf für lokale Selbstregierung, d. h. für die Herstellung von Kreisverwaltungen und ähnlichen Institutionen einzubringen. Die Partei betreffs einer nationalen Selbstregierung ist nicht eher angeregt worden, bis das neue Parlament gewählt ist. — Bei der Neuwahl hofft die Partei bis 80 Sitze im Unterhause zu erhalten.

Afrika.

Die Boern, welche im Betschuanaland die neue Republik Sotho gegründet, haben beschloffen, dem gegen sie einer englischen Heeresmacht heranziehenden Sir Charles Warren dennothwendigen Widerstand zu leisten. An Zugang der Transvaalrepublik dürfte es ihnen nicht fehlen.

Asien.

Aus einer Pariser Depesche muß man schließen, daß General Negrier in Tonkin die Absicht hat, den Vormarsch gegen Sinesien und bis zur chinesisch-tonkinesischen Grenze zu setzen, ohne die Verstärkungen aus Frankreich abzuwarten. Der General spielt indeß ein gewagtes Spiel, wenn sich dasselbe will einem uns aus Paris zugegangenen Telegramm zu Folge wissen, daß, nachdem Negrier sein Vormarsch begonnen, die Annamiten sich in dem fast 7000 Mann entblöhten Hanoi empört, die Magazine geplündert und deren Wachmannschaft, sowie den Marinekommissar Chabot getödtet haben. — Die vor einigen Tagen in Tonkin angekommenen 2000 Mann werden kaum genügen, um die 7—8 Wochen keine neuen Verstärkungen erhalten. Die letzten Transportschiffe, welche Truppen und Kriegsgüter nach Tonkin bringen, werden von Malakka aus von den Kreuzern der Flotte des Admirals Courbet begleitet. Bis jetzt geht es aber noch nirgends die vor einiger Zeit angekündigte chinesische Kreuzer. Das Gerücht, daß man einen gegen Tientsin und Peking vorbereite, erhält sich. Der soll aber erst gemacht werden, wenn Tonkin vollständig obert ist.

Amerika.

Angaben des B. D. Smith, Betriebsdirektors der „North Pacific Elevator Co.“ in Fargo (Dak.) zufolge wird im nächsten Jahre in Dakota ein um 20 pCt. kleineres Areal als im Vorjahre mit Frühjahrswegen bestellt werden, da die Weizenpreise zu niedrig sind. Von dem längs der Linie der North Pacific Eisenbahn geernteten Quantum Weizen sind 85 pCt. bereits verkauft worden. In vielen Gegenden von Minnesota weigern sich die Farmer, ihren Weizen zu den gegenwärtig niedrigen Preisen zu verkaufen. — Da in Nebraska der Weizen billiger ist als Kohlen — von ersterem kostet der Scheffel 12 Cent und von letzterem 22 Cent — so benutzen viele Farmer den Weizen als Feuerungsmaterial.

Australien.

Berichte aus Honolulu besagen, unter den weißen wohnern der Sandwichinseln seien in letzter Zeit Fälle von Ausbruch der Krankheit beobachtet worden, die sich immer wieder ausbreiten. In den Strahlen Honolulu begegne man häufig mit Ausbreitung befallene Personen. Die Weissen in Honolulu über das Umsichgreifen der Krankheit sehr aufgeregt und verlangen, daß irgend etwas zu ihrem Schutze seitens der Regierung gethan werde.

Kommunales.

Aus der Sitzung der Stadtverordneten. Von dem Stadtrath Meubring ist ein Dankschreiben für seine Wahl zum befohlenen Stadtrath eingegangen. — Ebenso vom Baurath Hübner ein auf seine Wahl zum Stadtrath bezügliches Schreiben eingegangen. Dasselbe theilt mit, daß an den Magistrat das Ersuchen gerichtet habe, das verhältnismäßige Verhältnisse, welches er als Gehilfen der Kanalisation eingegangen, auszuheben bzw. dahin abzuändern, daß er als Inhaber der Stelle als Stadtbaurath gleichzeitige Geschäfte des Gehilfen der Kanalisation zu führen. Zugleich hat Herr Hübner den Magistrat ersucht, ihm die Kompetenzen, die seit Jahren mit seinem bisherigen Amte verbunden waren, auch ferner zu belassen. — Die Versammlung wird also abzuwarten haben, wie sich der Magistrat in dieser Beziehung äußern wird.

Der Vorsteher macht sodann Mittheilung von dem Leben des Buchhändlers Georg Reimer. Derselbe sei einer der edelsten Bürger der Stadt gewesen, habe u. A. 26 Jahre lang von 1846 bis 1872, der Verclamung angehört und wolle holt das Amt eines stellvertretenden Vorstehers bekleiden. Mitglieder der Versammlung erheben sich von ihren Sitzen, um den Vorstehenden zu ehren.

Aber noch eins fiel ihm auf und machte ihn in Augenblick förmlich stutzig. Aus der Entfernung erkannte man die Spuren des Alters in dem Gesicht der Frau Forster weniger, und, abgesehen von dem dunklen Haar derselben und den etwas abgemagerten Wangen, sah sich dieselbenzüge wieder gespiegelt in dem blauen Antlitze des jungen Mädchens.

„Das ist merkwürdig, sehr merkwürdig!“ dachte er bei sich.

Daß Mrs. Forster nur ein angenommener Name hatte er bereits gehört und wußte auch die Anstalt. Mysteriös war für ihn der Umstand, daß sie ihm den Namen der jungen Dame kannte, daß sie in der Anstalt nur schlechtweg Miß Elly hieß und auch in Büchern nicht anders eingetragen war. Während Elly Mrs. Forster Arm in Arm promenirten, verfolgte sie mit den Augen, und je länger er sie betrachtete, desto höher stieg sein Interesse für diese beiden Patientinnen.

Man konnte sich für einen Irrenarzt in der That interessanteres Objekt denken! Dort die vornehme Frau, welche, offenbar ganz geistesgesund, sich durchaus für sinnig hielt, von freien Stücken hierher kam und um Aufnahme in die Anstalt förmlich bat. . . an ihrer Seite das vornehme junge Mädchen, das mit Jener eine unerkennbare Aehnlichkeit hatte, das Spuren eines sehr schweren Wahnsinns zeigte, sich aber für durchaus nicht wahnsinnig hielt, und das heiße Verlangen hatte, die Anstalt zu verlassen. Beide in dessen befreundet und beide so sehr allen Leidensgenossinnen, welche Fritz in ihrer Nähe erblickte, verschieden.

Die Wärterin, welche er befragte, hatte ganz recht gemuthet.

Die Unterhaltung der beiden Damen betraf die Lebens- und Lebensgeschichte des schönen Mädchens. Sie erzählte, daß sie sich nicht erinnern, eine Mutter gehabt zu haben. Ihre frühesten Erinnerungen reichten zurück auf einen Aufenthalt in einem Landhause, das mitten im Walde lag. Sie sei dort erzogen von einem Manne von einer Frau, welche sie geliebt haben wie ein Kind. Sie sei aber nicht deren Kind gewesen, denn

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Vor-
sichters und des Vorsteher-Stellvertreters.

Vorsteher Dr. Strahmann legt den Vorsitz nieder und der
Vorsteher-Stellvertreter Büchtemann übernimmt den Vorsitz
und leitet die Wahl.

Es werden 111 gültige Stimmzettel abgegeben, davon ent-
fallen 98 auf Dr. Strahmann, 13 auf den Stadtv. Büchtemann.
Stadtv. Dr. Strahmann ist sonach zum Vorsteher gewählt.
Derselbe nimmt die Wahl mit etwa folgenden Worten an:
„Ich danke Ihnen herzlich und aufrichtig für die Ehre, die Sie
mir erwiesen haben, und nehme die Wahl an, weil ich aus
Ihrer wiederholten Rundgebung schließen darf, daß ich auch
sonst auf Ihre Rücksicht und Unterstützung rechnen darf. Ich
verspreche Ihnen dagegen, die Geschäfte der Versammlung
auch ferner ordentlich und pünktlich zur Erledigung zu bringen
und die Verhandlungen jederzeit mit strengster Unparteilichkeit
zu leiten.“

Vorsteher Dr. Strahmann übernimmt wieder den Vorsitz.
Bei der Wahl des Vorsteher-Stellvertreters werden 115
gültige Stimmzettel abgegeben, davon entfallen 73 auf den
Stadtv. Büchtemann, 40 auf Dr. Strahl und 2 auf Stadtv.
Dopp.

Stadtv. Büchtemann ist somit gewählt und nimmt die
Wahl dankend an.

Für die drei Beisitzer und drei Stellvertreter derselben
beantragt Stadtv. Reichow Wiederwahl der Stadtverordneten,
welche bisher das Bureau gebildet haben, nämlich der Stadt-
verordneten Poppel, Siebmann, Seibert, bzw. Salge, Schmidt
und Solon. Da Stadtv. Reichow gegen die Wiederwahl des
Stadtv. Poppel protestirt, erfolgt die Wahl der Beisitzer durch
Stimmzettel. Es werden die Stadtverordneten Siebmann,
Seibert und Poppel mit 103 beziehungsweise 86 und 85 Stim-
men wiedergewählt. Ebenso durch Akklamation die bisherigen
Stellvertreter.

Damit ist die Versammlung konstituiert. Es erfolgt die
Verloosung der Mitgliedschaft in den Abteilungen.

Auf Vorschlag des Vorstehers beschließt die Versamm-
lung, dieselben ständigen Ausschüsse wie im vorigen Jahre
einzuweisen und befähigt die Ausschüsse, welche zur Vor-
berathung einzelner Gegenstände im Jahre 1884 ernannt wor-
den sind.

Die Versammlung beschließt alsdann, den Donnerstag jeder
Woche auch ferner als den Tag beizubehalten, an welchem
die ordentlichen Sitzungen der Versammlung stattfinden
sollen und behält als Beginn der Sitzungen die Stunde um
5 Uhr bei.

An das Ende der Tagesordnung sollen im laufenden Ge-
schäftsjahr nach einem ferneren Beschluß der Versammlung
Geheim- und Unterstützungsaffachen, Wahlangelegenheiten und
Angelegenheiten betreffend die Ausleiher von Kapitalien ge-
setzt werden.

In den Vorstand der städtischen Büchterschule werden
von der Versammlung die Stadtverordn. Kürten und Nicolai
deputirt.

Wie bereits mitgeteilt, hat Magistrat sich mit dem Be-
schluß der Versammlung vom 11. Dezember v. J., wodurch
der Feuer-Societät's Beitrag für das Geschäftsjahr
vom 1. Oktober 1883 bis ultimo September 1884 auf 4 Pf.
von jedem 100 Mark festgesetzt wird, nicht einverstanden er-
klärt und deshalb beantragt, den Beitrag auf 5 Pf. pro 100 M.
festzusetzen.

Stadtv. Karsten beantragt, der Bewilligung des Ersuchen
an den Magistrat hinzuweisen, das Reglement für die Feuer-
Societät durch eine Bestimmung zu ergänzen, welche die Ver-
stellung eines ausreichenden Betriebsfonds ermächtigt.

Rom Stadtv. Schmied ist dagegen der Antrag gestellt,
eine gemischte Deputation mit der Prüfung der Verhältnisse der
Feuer-Societät beauftragt Reform derselben zu beauftragen.

Nach längerer Debatte entscheidet sich die Versammlung
für den Antrag des Magistrats und lehnt die beiden Gegen-
entwürfe ab.

Mit der vom Magistrat vorgeschlagenen Festsetzung neuer
Bauschulpläne für die Grundstücke Münzstraße 14-18 und
Alexanderstraße 55 und 56 erklärt die Versammlung sich ein-
verstanden.

Damit ist die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung um
8 1/2 Uhr erledigt. Am Magistratsstische waren Rämmerer
Kunze, Syndikus Oberly, Stadtrath Vorchardt anwesend.

lokales.

Er. Trotz der im Allgemeinen milden Witterung
dieses Winters, und obgleich vor einigen Tagen eine Mi-
ttelung durch die Presse ging, wonach sich die Konjunkturen
für Bauten und Bauhandwerker in diesem Jahre ganz be-
sonders günstig gestalten, ist die Lage der Bauhandwerker
augenblicklich durchaus keine so glänzende, wie man nach
der erwähnten Mitteilung wohl annehmen mußte. Viel-
leicht liegt es im Interesse gewisser Kreise derartige irri-
ge Vorstellungen im großen Publikum zu erwecken, um dadurch einen
größeren Zuzug von außerhalb nach Berlin zu locken und so

von Zeit zu Zeit ein Mann gelommen, der nicht freund-
lich gewesen, wie ihr Pflegerater, sondern finster und wild,
der sie stets voll Born und Ingrimm angeblickt, ja durch
ihren Anblick zuweilen in grenzenlose Wuth gerathen sei.
Sie habe gehört, wie er ihren Pflegerater einmal aufge-
gefordert, den Balg umzubringen.

Ihr Pflegerater habe ihn vergebens zu beruhigen ge-
sucht, dann eines Nachts habe der Mann, der ihr Pfleger-
ater gewesen, sie aus dem Bette gerissen, in einen ver-
schlossenen Wagen gesetzt, sich an ihre Seite gesetzt, ihr mit
seiner großen und harten Hand den Mund verschlossen, um
sie am Schreien zu verhindern, und so seien sie viele Stunden die
ganze Nacht hindurch gefahren und am Morgen habe sie
sich in diesen Mauern befunden.

Das war Elly's Leidensgeschichte, und Mrs. Forster
belleagte sie mehr als einmal, und von Neuem rannen die
Thränen über ihre Wangen.

„Ach, Elly,“ sagte sie, „wie sehr erinnert mich Ihre
Geschichte an meine eigenen Leiden. . . Sie sind ein un-
glückliches, verwaistes Kind, ich eine unglückliche verwaiste
Mutter. . . Zwei Kinder hätte ich an mein Herz schließen
können, . . . man ließ mir keine. . . Man raubte mir
den Sohn, man raubte mir die Tochter. . . Wohl erfahte
mich manchmal Ingrimm und Wuth über die Unmenschen,
welche mir das anthaten, aber ach, ich konnte es nicht
hindern. . . Nun bin ich verwaist, allein! . . . Meine
Kinder sehe ich nie wieder, darf sie nicht wieder sehen.
Vielleicht sind sie nicht mehr am Leben, vielleicht hat man
sie getödtet, vielleicht hat sie das entsetzliche Schicksal ver-
nickelt, dem man sie preisgegeben. . . Elly, liebe Elly,
wir Beide sind sehr, sehr unglücklich! Ach, und ich fürchte,
es giebt für uns Beide keine Hoffnung!“

„Keine Hoffnung!“ wiederholte Elly schmerzlich und
lehnte ihr Haupt an die Brust der Freundin, und Thränen
entströmten ihren sanften Augen. . . „Keine Hoff-
nung!“

War die Wahnsinnige eine Prophetin? — Gab es
für sie keine Hoffnung?

einen nachhaltigen Druck auf die schon an und für sich sehr
niedrigen Winterlöhne ausüben zu können. Es ist durchaus
nicht richtig, daß in diesem Winter die Baufonjunktur eine so
ausgezeichnet günstige wäre, und der beste Beweis hierfür ist
wohl das mattenhafte Angebot von Arbeitskräften auf jedem
Bauplatz. Man kann an jedem Montag beobachten, daß auf
den meisten Bauten 100 bis 200 Geiellen um Arbeit an-
fragen, und es giebt tatsächlich augenblicklich in Berlin viele
Hunderte von Maurern, welche 3 bis 4, ja bis zu 6 Wochen
beschäftigungslos sind. Es läßt sich nun allerdings nicht ver-
kennen, daß einzelne einfichtsvolle Meister ihre Gesellen
täglich 7 und 7 1/2 Stunde beschäftigen, das ge-
schieht aber doch nur, um das Geschäft emigermaßen im
Gange zu halten. Ueberhaupt ist es mit der ganzen
Winterarbeit der Bauhandwerker eine sehr heikle Sache. Die
wintertliche Arbeit mag ja einzelnen Handwerken Beschäftigung
und Verdienst gewähren, allein dieser augenblickliche Vortheil
kann die erfahrenen Bauarbeiter darüber nicht täuschen, daß,
wie man so zu sagen pflegt, das dicke Ende nachkommt. Die
Löhne bei den wintertlichen Bauarbeiten sind wesentlich nie-
driger, als die während des Sommers gezahlten und die wäh-
rend des Winters ausgeführten Bauten gehen naturgemäß der
nächsten Sommerperiode verloren. Es sind auch keineswegs
immer die arbeits- und verdienstbedürftigsten Familienväter,
die bei den wintertlichen Neubauten den sogenannten Nothlohn ver-
dienen, denn dieser wird oftmals in so geringer Höhe ange-
boten, daß ein Familienernährer die Arbeit für diesen Lohn
nicht annehmen kann. Der Löwenanteil des Betrages, um
den ein Bau im Winter billiger hergestellt wird als im Som-
mer, fließt also gewöhnlich zu gleichen Theilen in die Taschen
des Unternehmers und des Bauherrn. Die Arbeitsverminder-
ung für den Sommer aber, die in allen diesen Winterarbeiten
liegt, drückt dann auf die Höhe der Löhne zum Nach-
theile aller Bauhandwerker, und darum sehen diese der gegen-
wärtigen regen Bautätigkeit nur mit sehr gemischten Gefühlen zu.

a. Eine wichtige Entscheidung bezüglich der Schulpflicht
soll nach einer kürzlich auch in Provinzialblättern enthaltenen
Mittheilung vom Berliner Landgericht gefällt worden sein.
Der Goldschmied A. J. Graf soll seinen am 3. Mai 1884
vierzehn Jahre alt gewordenen Sohn nach dieser Zeit nicht mehr
zur Schule geschickt haben, obgleich derselbe nach dem Befehle
vom 1. November 1870 noch bis zum 31. März 1885 die
Schule besuchen mußte. Graf sei wegen Schulverweigerung in
18 Mark Strafe genommen, worauf er richterliche Entscheidung
beantragt hätte. Das Schöffengericht soll diese Strafe bestätigt
haben, worauf nun Graf Berufung beim Landgericht eingelegt
hätte. Dieses habe, wie es in der betreffenden Mittheilung
hieß, das Erkenntnis des Schöffengerichts aufgehoben und den
Graf kostenlos freigesprochen, da angeblich jeder Vater sein
Kind, sobald dasselbe sein 14. Lebensjahr vollendet, aus der
Schule fortnehmen könne. — So weit die Mittheilung. Wie
wir in Bezug auf dieselbe erfahren, haben seitens der höheren
Schulbehörde Erhebungen bei den hiesigen Gerichten über die
Richtigkeit obiger Angaben stattgefunden, welche zu dem Re-
sultat geführt haben, daß weder bei den königlichen Land-
gerichten Berlin I und II, noch bei den dortigen Schöff-
engerichten der qu. Fall zur Verhandlung und Entscheidung ge-
langt ist.

b. Die älteste Berliner Paketbeförderung existirt, so
lange die gewöhnliche Generation denken kann, im Gasthof zur
Traube in der Krausenstraße. Sie übernimmt die Beförderung
von Päckchen nach Potsdam und Brandenburg. Früher wurde
sie bescheiden mit Botenfrauen betrieben, seit längerer Zeit hat
sie schon Wagen im Gange. Ungeschwächt hat sie alle Verkehrs-
Veränderungen überdauert.

a. Für Stadtreisende. Die Bestimmung des § 49 des
Deutschen Handelsgesetzbuchs, wonach Handlungsreisende für
ermächtigt gelten, den Kaufpreis aus den von ihnen abge-
schlossenen Verkäufen einzuziehen, findet nach der konstanten
Rechtsprechung des Reichsgerichts und des früheren Reichs-
Oberhandelsgerichts aus sogen. Stadtreisende (d. h. Agenten
eines Geschäfts in einer großen Stadt, welche am Geschäftsort
selbst Käufer aussuchen und diese zu Kaufabschlüssen veran-
lassen) keine Anwendung. Es dürfen demnach die Käufer den
Stadtreisenden den Kaufpreis nur dann entrichten, wenn diese
von ihren Prinzipalen mit einer Inasso-Vollmacht versehen
worden sind. Zur Warnung von Käufern, welche diese Vor-
sicht nicht beobachten, theilen wir folgenden Vorfall mit: Der
von einer hiesigen Uhrenfirma beschäftigte Stadtreisende D.
offerirte einem Feuerwehmann eine Regulator-Uhr zum Preise
von 75 M. gegen Ratenzahlungen, wobei er sich als Ver-
treter der betreffenden Firma bezeugnete und die Versicherung
abgab, von seinem Prinzipal ermächtigt zu sein, die Raten-
zahlungen einzuziehen. Der Feuerwehmann kaufte die Uhr,
leistete an D. die erste Rate von 10 Mark und nach einem
Monat leistete er an den D., der sich pünktlich bei ihm einfand,
die zweite Rate von 10 Mark. Einige Tage später wurde der
Feuerwehmann von der Uhrenfirma wegen Zahlung der zwei-
ten Rate gemahnt, und es stellte sich nunmehr heraus, daß D.,
der von seinem Prinzipal zur Einziehung gar nicht ermächtigt
gewesen, mit dem Gelde verschwunden war. Die erste Rate

Elfies Kapitel.

Je mehr sich der Frühling seinem Ende näherte, desto
vielseitiger wurden die ländlichen Arbeiten in Feldbau. Auf
den Feldern, den Wiesen und in den Wirthschaftsgebäuden
herrschte das regste Treiben, ganz im Gegensatz zu dem
Herrenhause, in welchem immer noch die alte, trübselige
Einsamkeit herrschte.

Da draußen ging es aber nicht mehr mit der gewohn-
ten Ruhe und Präzision zu, sondern es hatte sich in letz-
terer Zeit manche Störung in dem Betriebe dieser mächtigen
Arbeitsmaschine eingestellt.

Als Brand das Gut verlassen hatte, wurde die Ver-
waltung einem der Sekreäre übergeben, welcher sich der
besonderen Gunst Charlotte's zu erfreuen hatte, und von
welchem der Leumund sagte, daß er ein stiller Arbeiter der-
selben sei; wenn dies der Fall war, so war Herr
Harber selbstverständlich ein Mann von der Partei der
Amberg's.

Der Prediger Amberg hatte bei diesem Wechsel in der
Verwaltung des Gutes es für eine Pflicht der Verwandt-
schaft und Freundschaft gehalten, Herrn Robenburg unter-
stützend zur Seite zu stehen, und er hatte aus diesem
Grunde von seiner vorgesetzten Behörde einen längeren
Urlaub erbeten und erhalten. Vielleicht rührte diese Be-
reitwilligkeit auch daher, daß er es für nöthig hielt, sich
zu überzeugen, daß sein künftiges Besitzthum sich jetzt in
eben so guter Verwaltung befinde, wie unter Brand. Die
Unterstützung Amberg's war in der That notwendig, denn
der alte Herr, welcher bis dahin nur mit Wider-
willen sich um die Angelegenheiten seiner Wirthschaft ge-
kümert hatte, ward jetzt alle Augenblicke in Anspruch
genommen.

Der neue Verwalter war bei seinen Leuten keineswegs
beliebt. Alle Augenblicke liefen Klagen ein über Unge-
richtigkeiten, dann wieder Beschwerden über ungerechte
Lohnschmälerungen und dergleichen. Ein Ersparungs-
system war eingeführt, welches drohte, die sonst unter leidlichen
Verhältnissen lebenden Arbeiter an den Bettelstab zu brin-
gen; und alle diese Klagen, Beschwerden und Bitten sollte
Robenburg anhören und abstellen.

hatte D. an seinen Prinzipal abgeliefert. Der in dieser Weise
geschädigte Feuerwehmann, welcher demzufolge die 10 Mark
verloren hatte, begegnete am Dienstag auf der Schillingstraße
dem D., welchen er sofort festnehmen ließ. D. ist vorgestern
wegen Betruges, da er dem Käufer fälschlich vorgespiegelt hatte,
daß er zur Empfangnahme der Ratenzahlungen von seinem
Prinzipal autorisirt gewesen wäre, zur Untersuchungshaft ge-
bracht worden.

g. Einem Produktenhändler in der Alexanderstraße wurde
gegen Ende November vor. Jahres ein Sack mit Tricotabfall
17 Kilo schwer, im Werthe von 30 M. von einem „Arbeiter“
Bimmemann zum Kauf angeboten. Da dieser über den Er-
werb der Waare unrichtige Angaben machte, wurde die Waare
polizeilich beschlagnahmt und sie befindet sich noch bei der Behörde
in Verwahrung, ohne daß es bis jetzt gelungen ist, den Eigen-
thümer derselben zu ermitteln.

N. Schlafstellenmarder. Auf eine überraschend plumpe
Weise ist am gestrigen Tage bei einer in der Langenstr. 29
wohnenden Frau Griebler ein Schlafstellenmarder verübt
worden. Bei der Genanten erschienen gestern Mittag zwei
anscheinend dem Arbeiterstande angehörige Männer, um eine
bis her von einem Herrn T. innegehabte Schlafstelle zu miethen.
Während der Verhandlung entfernte sich Frau G. auf einen
Augenblick, um in ihrer Küche etwas nachzusehen und benutzte
die Fremden nun diese Gelegenheit, um einen dem T. gehörigen
Krug und eine silberne Uhrkette zu eskamotiren. Der
Frau G., die von dem Diebstahl erst nach Rückkunft des Be-
scholtenen Kunde bekommen, hatten die Unbekannten erklärt,
wegen des Zimmers wiederkommen zu wollen. Die seitens
der Behörden eingeleiteten Recherchen hatten bisher noch kein
Resultat.

N. Von der Feuerweh überfahren. Ein erheblicher
Unglücksfall trug sich heute Nachmittag 4 Uhr vor dem Hause
Neue Jakobstr. 28 zu. In dem Augenblick, als ein dem Ar-
beiterstande angehöriger, circa 40 jähriger Mann den Fahr-
damm überschreiten wollte, wurde er, da ein Ausweichen un-
möglich geworden, von dem Mannschaftswagen der 7. Kom-
pagnie umgerissen und über beide Beine gefahren. Der Ver-
unglückte wurde von einem Schuttmann per Droschke nach dem
nächsten Polizeirevier geschafft, wo ihm die erste Hülfe zu Theil
wurde.

g. Den Polizeibehörden ist das Verzeichniß über eine
große Anzahl von Dokumenten, Werthsachen u. zugegangen,
welche kürzlich bei einem Einbruch in Stettin gestohlen worden
sind und deren Ermittlung auch zur Festnahme der Thäter
führen dürfte. Als gestohlen bei dem Einbruch sind gemeldet:
1 Sparkastenbuch der Stettiner Sparkasse über 900 Mark
(Nr. 246 255), 1 Lebensversicherungspolice der „Teutonia“ über
1500 M., eine zweite der „Germania“ über 300 M., 1 Hypo-
thekendokument über 1500 M. auf das Haus Blarinkstraße 7,
2 Hundert-Markscheine, 2 Zehnmarkstücke und 25 M. Silber-
geld; ferner ein goldenes Medaillon mit Amethyst, 1 Paar
goldene Ohrringe mit blauen Steinen, 1 goldener Trauring,
ges. W. St. 1881, 1 Herren-Siegelring mit weißem Stein und
1 Damen-Siegelring mit blauem Stein (Amethyst), 1 Ring mit
rothen Steinen, 1 goldene Uhrkette mit Schlüssel, 1 goldene
Halskette mit runden Schalen, 3 Portemannaies, 1 grüne
Börse, 1 Militärsack und 1 Führungsakten auf Franz Bibel,
von der Versuchskompanie Berlin (75-78), 1 schwarze Lederne
Brieftasche und 1 Quittung über ein wechselseitiges Dokument.
Der Gestohlene hat für die Ergreifung des Thäters und
Wiederbeschaffung des gestohlenen Guts eine Belohnung
von 50 M. ausgesetzt.

Gerichts-Zeitung.

Ein Drama aus dem Dorfleben. Vor dem Schwur-
gericht hiesigen Landgerichts II fand gestern eine Verhandlung
statt, welche eine große Wäkerwanderung aus der Umgegend
Berlins nach dem Gerichtsgebäude veranlaßte und den Schwur-
gerichtssaal mit überwiegender bäuerlichen Prognomien füllte.
Es handelte sich um die sensationelle Todtschlagsaffäre, welche
sich im vergangenen Sommer in dem benachbarten Schön-
ow abspielte und die Gedrübter Ebel zu einer traurigen Verhäm-
bel gebracht hat. Den Vorsitz führte Landgerichtsrath Hum-
bert, als Vertreter der öffentlichen Anklagebehörde fungirte
Staatsanwalt Dr. Menge, die Vertheidigung führte Rechtsan-
walt Roy Bronker. Die Anklage lautete auf vorsätzliche
Tödtung und wissentliche Beihilfe zur That. Auf der Anklage-
bank nahmen drei Hünengefalten Platz: 1) der 33jährige
Milchhändler Gustav Friedrich Ebel; 2) der 24 jährige Mil-
chfahrer Karl Friedrich Wilhelm Ebel und der 27jährige Wirth-
schaftsverwalter Bernh. Ad. Ernst Ebel, von denen nur die
beiden Ersten wegen Beleidigung vorbestraft sind. — In
dem Tausaale des Gastwirths Albert Henschel zu Schön-
ow fand am Sonntag, den 17. August vor. J., Abends,
Tanzvergnügen statt, an welchem auch die in der
Umgegend ziemlich gefürchteten Gedrübter Ebel und deren
Schwager, der Wan Midley aus Potsdam, sowie auch der
27jährige Sohn des Gemeindevorstehers und Bauerngutsbe-
sitzers Haupt, Albert Haupt, Theil nahmen. Henschel hatte

Das verbitterte ihm das Leben noch mehr.
Er war deshalb Herrn Amberg sehr dankbar, als
dieser sich erbot, seine Stelle einzunehmen; und
so war allen Gutsinsassen bekannt gemacht, daß
der Arbeiter sich in Fällen persönlicher Angelegen-
heiten, in denen Emmy's Autorität nicht genügte, nicht an
ihren Herrn, sondern an Herrn Prediger Amberg zu
wenden habe.

Der „aufopfernde Freund“ hatte denn auch in dieser
Beziehung alle Hände voll zu thun. Es war wahrhaft
rührend anzusehen, wie er, welcher sonst an ein so bequemes
Leben gewöhnt war, sich jetzt für seinen Freund Roben-
burg bemühte, mehr wie ein Lohnarbeiter. In einem
Zimmer des zweiten Stocks, sehr nahe an dem Charlotte's,
hatte er für sich ein Arbeitszimmer einrichten lassen, mit
allen Einrichtungen eines Bureau, und hier saß er den
ganzen Tag über den Büchern des Gutes; hier rechnete
und buchte er, hier wog er Einnahmen und Ausgaben ab,
bis er endlich ganz genau wußte, wie viel jedes einzelne
Stück Land in guten oder schlechten Zeiten einbringt, oder
die Wirthschaftskosten betragen, wie viel sich hier an
Arbeitslohn, dort an Vieh oder Geräthschaften ersparen
ließe, und so weiter; und je mehr er sich in
diese Studien vertiefte, desto vergnügter rieb er sich die
Hände.

Im Geiste sah er sich und die Seinigen schon als die
reiche Gutsherrschaft von Feldbau, denn darüber war er
längst mit sich einig, daß er, sobald er die Erbschaft an-
getreten habe, sein Amt an den Nagel hängen werde.
Mit jedem Tage nahm seine gute Laune zu und die Ver-
änderung seiner Gemüthsstimmung hätte selbst dem alten
Robenburg auffallen müssen, wenn nicht Charlotte oder
Emmy hin und wieder durch eine Hobbiespost seine Freude
etwas gedämpft hätten.

Das geschah auch heute, als gerade zu einer un-
gewöhnlichen Zeit die Letztere häufig zu ihm eintrat. Die
Störung war ihm diesmal außerordentlich unangenehm,
denn er befand sich gerade bei einer Beschäftigung, bei
welcher er nicht gern überrascht worden wäre.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Der Reichstag findet sein Arbeitpensum durch einige größere Vorlagen, wie die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, das Postparafassengesetz, den Handelsvertrag mit Griechenland, bereichert; demnächst wird auch die Vorlage über den Zollanschluß Bremens hinzukommen. Die ersten Lesungen dieser Vorlagen, abwechselnd mit der Fortsetzung der Etatsberatung, werden wohl, meint die „N. V. G.“, die nächsten 14 Tage bis drei Wochen in Anspruch nehmen, während deren täglich Plenarsitzungen beabsichtigt sind. Ausdann, also von Januar an, wird sich, wie man annimmt, die Thätigkeit des Reichstages längere Zeit auf die Kommissionen beschränken, wodurch das Abgeordnetenhaus Zeit gewinnt, seinerseits die Etatsberatung zu fördern.

Die Halbpennigfrage giebt einem Freunde der „Germania“ Veranlassung, auf das Fehlen des halben Fünfpennigstückes aufmerksam zu machen. Derselbe sagt, es sei zu verwundern, daß nicht auch längst schon bei uns das Verlangen nach halben Pfennigstücken gestellt worden ist, denn beispielsweise bei jedem Milchbrot oder jeder Schrippe, für die man paarweise fünf Pfennig zahlt, gebe man einzeln 1/2 Pfennig mehr, also drei Pfennig. Die Brägung von 2 1/2 Pfennigstücken dürfte dem Uebelstande insofern schon abhelfen, als man sich mit Pfennig- und Zweipennigstücken leicht Ausgleich verschaffen könnte.

Auf Grund des Sozialistengesetzes hat die Reichshauptmannschaft zu Leipzig die nicht periodische Druckschrift: „Die wahrhaftige Lebensgeschichte des Jolua Davidson. Aus dem Englischen übersetzt von Natalie Liebnecht. Mit einem Vorwort versehen von Wilhelm Liebknecht“, verboten.

Eberfeld. Die „Wupperthaler Blätter“ berichten, daß bei einer vorgestern erfolgten Auflösung einer Arbeiterversammlung ihre Verordnungen, der gänzlich unbedeutend, von einem Polizeibeamten scharf mißhandelt worden sei. Derselbe Beamte wird am 9. wegen Körperverletzung (schwere Mißhandlung eines Arbeiters) vor Gericht stehen.

Königsberg. Vor beinahe 5 Jahren wurde der bei der letzten Reichstagswahl von den Sozialdemokraten als Reichstagskandidat aufgestellte Schlossermeister Herr A. Gebau wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt. Derselbe mußte jedoch wegen Krankheit aus der Strafbast entlassen werden, noch ehe er die gegen ihn erlassene Gefängnisstrafe verbüßt hatte. Die mehrfachen bei der Staatsanwaltschaft jüngst eingelaufenen Anzeigen, daß G. noch den Rest der Strafe von 5 Wochen zu verbüßen habe, gaben (wie die „Nat. Zig.“ mittheilt) zu neuerlicher Veranlassung, welche die Wichtigkeit jener Anzeigen bestätigen. G. wurde von der Staatsanwaltschaft zur Verbüßung der Reststrafe aufgefordert und hat sich gestern der Gefängnisinspektion zur Verfügung gestellt.

Rußland.

Der Ausschuß des Reichsraths hat die Debatten über das nächstjährige Budget zu Ende geführt. Dasselbe weist ein Defizit von 10 Millionen Rubel auf. — Die Wiederherstellung der bekannten „Dritten Abtheilung“ scheint beschlossene Sache zu sein. — Die für dieses Jahr in Aussicht genommene allgemeine Volkszählung ist dem Vernehmen nach bis auf unbestimmte Zeit verschoben worden, da es dem Finanzministerium nicht gelungen sein soll, den ihm obliegenden Theil der Vorarbeiten im Laufe der siebzehn Monate, welche ihm eingeräumt wurden, fertig zu stellen. — Das russische Kaiserpaar wird, wie aus sicherer Quelle verlautet, am Sonnabend oder Sonntag seine Residenz von Galschina nach Petersburg verlegen. — In dieser Veranlassung hat eine Neuorganisation der Obrata stattgefunden. Dieses Geheimpolizeikorps besteht aus 345 Mitgliedern, von denen 300 der hauptsächlichsten Präfektur unterstehen, während der Rest auf die verschiedenen Quartiere der Hauptstadt vertheilt ist.

Großbritannien.

Aus der jüngsten Rede Mr. Chamberlain's wird von verschiedenen Blättern, namentlich auch die Bemerkung, daß die Regierung nicht die Unabhängigkeit Egyptens zerstören wolle, bespöttelt. Die „Times“ meinen, es sei etwas stark, zwölf Monate nach der Entlassung von Scherif Paskas Ministerium von der Unabhängigkeit Egyptens, „die zu respektieren wir uns verpflichtet haben“, zu sprechen und fragt: „Wenn Egypten im wahren Sinne des Wortes unabhängig ist, was thut Lord Wolseley am Nil?“ Die „Ball Mall Gazette“ ruft aus: „Die Unabhängigkeit Egyptens — die Unabhängigkeit einer Nationette!“ — Die Admiralität hat die heroorragendsten Schiffbauern am Ude aufgefordert, ihre Bedingungen für die Herstellung von 6 Kreuzern nach dem Muster des jetzt im Bau begriffenen Kreuzers „Scout“ bis spätestens zum 24. Februar einzusenden. Wie verlautet, wird auch in Kurzem die Verfertigung von großen gepanzerten Kreuzern und anderen Panzerschiffen in ähnlicher Weise ausgeschrieben werden.

Afrika.

Die Bauern im Zululande machen den Engländern arge Kopfschmerzen. Dieselben haben dort beinahe im vorigen Jahre eine neue Republik gegründet, welche von der englischen Regierung nicht anerkannt wird. Ein Trupp englischer Soldaten ist deshalb bereits im Anzuge, um die Bauern zur Raison zu bringen. Doch diese erwarten die Engländer mit den Waffen in der Hand, und da die Bauern mit den Waffen gut Bescheid wissen, so ist der Ausgang des Kampfes noch keineswegs gewiß. Daher suchte man englischerseits die Zulul für sich zu gewinnen, um mit ihrer Hilfe die Bauern zu verjagen. Die englische „Morning Post“ bläst bereits die Lockpfote, sie empfiehlt folgendes Programm: „Bromamirt die Autorität der Königin über Zululand. Die fähigen Kräfte erkennen das Gesetz des Stärkeren im ehelichen Kampfe als ihr höchstes Gesetz an. Laßt die Zulul-Nation in ihren Feldern und Kränzen unter der Flagge Englands in Frieden leben. Stationirt eine hinreichende Garnison in dem annekirten Gebiet, und vervollständigt das Werk der Zivilisation und Staatskunst, indem ihr thut, was wir im Verbschab thaten. Bildet ein halbes Duzend Bataillone von Zulul-Seponz für den Dienst der Königin und zur Verteidigung der südafrikanischen Grenzen. Die wildesten und unruhigsten Geister werden sich beugen, unsere Waffen zu tragen und unseren Sold in die Taschen zu stecken. Unser Resident in Zululand hat bereits eine Eskorte von einigen Duzenden dieser stämmigen Zulul, die sich durch aus als wirksam und im höchsten Grade als loyal erwiesen haben. Die maraudirenden Vuren würden sehr bald nach Transvaal zurückgelockt, ohne sich einmal umzusehen.“ Wie schnell haben doch, nach der letzteren Aeußerung zu schließen, die Engländer vergessen, welche Diebe sie vor wenigen Jahren von diesen verachteten Bauern erzielten!

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

20. Sitzung, Freitag, 9. Januar, 1 Uhr.
Am Tische des Bundesrathes: Fürst v. Bismarck, v. Boetticher, v. Schelling u. A.

Nachdem der Antrag des Abg. Wiemer wegen Einstellung des gegen den Abg. Noediger bei dem Amtsgericht in Gera schwebenden Strafverfahrens genehmigt und an Stelle des Abg. Meyer (Jena) auf Antrag v. Franckenstein durch Afflamation Abg. Holymann zum Schriftführer gewählt worden ist, wird die Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern fortgesetzt.

Bei Kap. 9: Behörden für die Untersuchung von Seeunfällen, bemerkt Abg. Gebhard (Stadtdirektor in Bremerhaven): Auf die Sympathie, mit der die Schifferbevölkerung das Gesetz vom 27. Juli 1877 betreffend die Untersuchung der Seeunfälle aufnahm, das die Seeämter ermächtigt, zur Führung eines Schiffes untauglichen Schiffen die Befugnis dazu zu entziehen, folgte allmählich eine außerordentliche nur mühsam zu zügelnde Mißstimmung in Folge der Sondierung des Gesetzes und der Ausdehnung der Untersuchungen, von denen behauptet wird, daß sie sehr häufig zu Fällen erhoben werden, in denen es von vorn herein feststeht, daß eine Schuld oder gar eine vorläufige Schuld des Betreffenden gar nicht in Frage kommt. In seemannischen Kreisen wünscht man daher den Kreis der Fälle, auf die sich das Gesetz beziehen soll, möglichst zu beschränken. Gesetzgebereich wird das außerordentlich schwierig, wenn überhaupt möglich sein, während der Theil der Schifferbevölkerung, der das Gesetz aufrecht zu erhalten wünscht, nur eine starke Beschränkung der Anträge auf Entziehung der Befugnis zur Ausführung des Schiffergewerbes verlangt. Die Vorschläge in den Petitionen des nautischen und anderer Vereine geben dahin, daß der Reichskommissar nicht in die Lage versetzt wird, um dem Seeamt die Befugnis zu erhalten, das Patent zu entziehen, daß er deshalb nicht verpflichtet wird selbst in Fällen, wo er selbst überzeugt ist, daß eine Schuld nicht vorliegt, Patententziehung zu beantragen. Gegenwärtig, wo die Seeämter ohne derartigen Antrag des Reichskommissars die Befugnis zur Ausübung des Gewerbes nicht entziehen können, hielt sich der Kommissar sehr häufig in solchen Fällen veranlaßt, einen Antrag zu stellen, damit dann das Seeamt frei in seinen Entschlüssen ist. Ferner wünscht man bei ausgesprochenen Patententziehungen die Möglichkeit einer Remedur, wenn der Betreffende sich nach und nach die Fähigkeit zur Führung eines Schiffes erworben hat. Schon bei Erlass des Gesetzes von 1877 wurde erwogen, ob sich das englische Institut der Entziehung des Patents auf Zeit empfehlen möchte. Aber fast ausnahmslos will die deutsche seemannische Bevölkerung davon nichts wissen und hält an der dauernden Entziehung fest, jedoch mit der Modifikation, daß irgend eine Instanz geschaffen werde, welche die Befugnis zur Führung des Schiffergewerbes unter den erwähnten Umständen zurückgibt. Vor Allem aber wird bei Untersuchung der Seeunfälle verlangt, daß neben dem juristisch gebildeten Vorsitzenden ein seemannisch gebildeter Beisitzer beschäftigt wird. Die interessirten Kreise wünschen sehr lebhaft zu erfahren, wie weit die Abänderungsarbeiten in Bezug auf dieses Gesetz geblieben sind, denen die Reichsregierung durchaus nicht unsympathisch gegenüberstehen soll.

Staatsminister v. Boetticher: Meine Herren, nicht bloß die Petitionen, die auf Abänderung des Seeunfallgesetzes an die Reichsregierung gelangt sind, sondern auch die Wahrnehmungen, welche die Aufsichtsbehörden hinsichtlich der Wirksamkeit und der Anwendung des Seeunfallgesetzes gemacht haben, haben uns zu der Uebersetzung geführt, daß es notwendig sei, das Seeunfallgesetz in mehreren Punkten abzuändern. Die Arbeiten für eine Novelle zum Seeunfallgesetz sind bereits ziemlich weit vorgekommen. Es ist mit den Regierungen der Seestaaten über die Materie verhandelt worden und ich darf annehmen, daß die Fertigstellung des betr. Entwurfes keinen allzu großen Schwierigkeiten begegnen wird. Die Reformbedürftigkeit des Seeunfallgesetzes wird von Seiten der Reichsregierung anerkannt, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Reichstag in nicht allzu ferner Zeit mit einem Entwurf befaßt werden wird, der den berechtigten Klagen, die über das Gesetz und seine Anwendung laut geworden sind, Abhilfe zu verschaffen geeignet ist.

Bei Kap. 12 (Reichsgesundheitsamt) fragt Abg. Lingens, von Reichs wegen auf Grund der neuesten Forschungen allgemeine Vorschriften zur Abwehr der asiatischen Cholera erlassen seien; ferner, ob nicht eine reichsgerichtliche Regelung der Frage wegen der Anlegung von öffentlichen Begräbnisplätzen in Aussicht stehe; und endlich, ob es sich nicht empfehlen würde, zur Verhütung von Fäulnissen die Begriffe von Wein und Bier reichsrechtlich zu deklarieren, nachdem das Reichsgericht den Begriff „Bier“ bereits präjudizial bestimmt habe.

Bundeskommissar Geh. Rath Köhler: Die erste Frage kann ich bejahen. Nur weil Deutschland im vorigen Jahre von der Cholera verschont geblieben ist, sind die Maßregeln, die wir zu deren Abwehr getroffen haben, nicht zur praktischen Anwendung gelangt. Nachdem ferner als wahrscheinlicher Träger der Krankheit ein Bazillus festgestellt war, haben die Reichsbehörden sofort dafür gesorgt, daß eine ausreichende Zahl von Aerzten und Medizinalbeamten aus allen Theilen des Reichs, im Ganzen 150, vertraut gemacht wurde, mit der Methode zur Erkennung dieses Bazillus. Es haben hierzu im Gesundheitsamt seit mehr als drei Monaten Kurse stattgefunden; und sowie sich nunmehr in einem Orte Deutschlands die Cholera zeigt, ist die sofortige Erkennung und damit die Isolierung des ersten Falles wahrscheinlich. Es waren ferner Kontrollmaßregeln für Provenienzen und Reisende aus choleraverdächtigen Gegenden an den Grenzen und in den Häfen angeordnet. Ob eine reichsgerichtliche Regelung der Materie möglich sein wird, läßt sich noch nicht übersehen; es müßte namentlich auch auf die lokalen und Bodenverhältnisse der verschiedenen Gegenden der Natur der Sache nach Rücksicht genommen werden, und das wird sehr schwierig sein. Die dritte Frage des Vorredners hatte einen mehr wirtschaftlichen Charakter; es fällt hier betreffs des Bieres z. B. die verschiedene Steuergesetzgebung in Nord- und Süddeutschland erheblich ins Gewicht; es läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, ob die Regelung der wirtschaftlichen Seite der Sache in naher Frist zu erwarten ist.

Abg. Buhl: Ich bedaure, daß nach der Aeußerung des Herrn Regierungskommissars eine Regelung dieser Angelegenheit, soweit dieselbe den Wein betrifft, nicht in Aussicht steht. Schon bei Erlass des Nahrungsmittelgesetzes bestand die Voraussetzung, daß durch Spezialgesetze Unklarheiten, welche im Rahmen des allgemeinen Gesetzes nicht beseitigt werden konnten, beseitigt werden müßten, und diese Voraussetzung hat sich vollumfänglich erfüllt. Es ist ein dringendes Bedürfnis für alle Betheiligten geworden, zu wissen, welche Manipulationen bei der Weinbereitung zulässig sind, so daß dieser Artikel noch als Wein veräußert werden kann, und durch welche Manipulationen der Name Wein dem Artikel abgeprochen wird. In dieser Beziehung hat sich in den verschiedenen Gegenden Deutschlands ein verschiedenes Rechtsbewußtsein herausgebildet, das auch durch eine verschiedene Rechtsprechung getragen wird. Daß dadurch auch die Verkehrsinteressen in weitestlicher Weise beeinträchtigt werden, liegt auf der Hand. In einzelnen Gegenden Deutschlands ist beispielsweise das Zuckern des Bieres erlaubt, während dasselbe in anderen Gegenden durch die öffentliche Meinung und Rechtsprechung beanstandet wird. Die Folge ist, daß in einem kleinen Jahrgang bei ganz geringer Qualität die Segend, welche zudeut, leichter verkauft als die, welche das Bier ohne Zusatz läßt. Auch beim Biere tritt uns die gleiche Erscheinung entgegen. Es ist bekannt, daß gegenwärtig in einem deutschen Lande eine große Anzahl von Prozessen schwebt, die Manipulationen unter Strafe stellen wollen, welche anderwärts unbeanstandet vorgenommen werden können. Wenn nun behauptet wird, daß dieselben auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes deshalb bestraft werden, weil in dem betreffenden Lande ein Malzausschlaggesetz besteht, so kann ich dem nicht zustimmen. Denn dieses Malzausschlaggesetz würde seine Konsequenzen haben, wenn nach dem bestehenden Landesrecht gegen dasselbe gehandelt wird, aber ein Reichsgesetz muß nach meiner Ansicht die Vorurtheile in den verschiedenen Ländern vollständig gleichartig behandeln. Für große wirtschaftliche Gewerbezweige ist nichts gefährlicher, als die Unsicherheit in Betreff dessen, was erlaubt ist und was nicht erlaubt ist. Schon die bloße Untersuchung geht für ein großes Geschäft nicht ohne Schaden ab, selbst wenn der Geschäftsinhaber nachträglich freigesprochen wird. Ich glaube deshalb, daß es sehr dankenswerth wäre, wenn ein Spezialgesetz für die Bereitung von Wein und Bier dem Reichstage baldigt vorgelegt würde. (Beifall.)

Bundeskommissar Geh. Rath Köhler: Ich kann nur bestätigen, daß allerdings in den eben erwähnten und in den schwebenden Prozessen das bairische Malzausschlaggesetz mit dem Reichs-Nahrungsmittelgesetz in Zusammenhang gebracht wird, insofern, als letzteres eine bestimmte Zusammensetzung des Bieres voraussetzt und jede Abminderung davon mit den Strafen des Nahrungsmittelgesetzes bedroht wird. Bezüglich der Weinfrage sind die verschiedenartigsten Wünsche verlautbart worden. Die Einen erklären das Nahrungsmittelgesetz bezüglich der Weine für viel zu streng, resp. auf Weine überhaupt nicht für anwendbar, den Andern geht es lange nicht weit genug, sie wollen die Kunstweinfabrikation vollständig verbieten und den Betrieb besserer Weine erschweren. Die verbündeten Regierungen sind ihrerseits nicht müßig gewesen, um die Möglichkeit einer Regelung auf diesem Gebiete zu erforschen. Da die verschiedenartige Behandlung des Weins in den verschiedenen Ländern auf die verschiedenartigen analytischen Methoden der Chemiker hauptsächlich zurückzuführen ist, so hat die Reichsregierung im vorigen Jahre eine Anzahl der hervorragendsten Chemiker auf dem Gebiete der Weinforschung hier verammelt; diese haben sich über die geeignetsten Methoden geäußert, diese letzteren sind veröffentlicht und den Einzelregierungen mitgetheilt worden. Unterm 21. April 1883 hat der Reichskanzler sodann durch Rundschreiben an die Regierungen auf eine zweifelsprechende Auswahl der Sachverständigen, auf die Prüfung der Qualifikation der Chemiker u. s. w. hingewiesen. Außerdem ist ein reichhaltiges Material von Urtheilen der Gerichte, besonders der höchsten Landesgerichtshöfe, ferner die Gesetzgebung der auswärtigen Staaten, gesammelt worden, wobei sich herausgestellt hat, daß bisher kein größerer Kulturstaat die wirtschaftliche Seite der Weinverlehrsfrage einer gesetzlichen Regelung unterzogen hat. Schluß ist ja das Publikum auch jetzt keineswegs; der § 10 des Nahrungsmittelgesetzes droht ja bereits Strafen an, und wir haben schon Reichsgerichts-Erkenntnisse, welche aus demselben die Strafe des § 10 für verfallen erklären, der sich bekennt war, daß sein als Kunstwein verkauft Fabrikat in dritter oder vierter Hand als wirklicher Wein weiter verkauft worden wäre. Gewisse Garantien sind also doch auch heute schon vorhanden.

Abg. Dr. Köhler hält dafür, daß die „neuesten Forschungen“ auf dem Gebiete der Cholera noch keineswegs zu allgemein feststehenden wissenschaftlichen Uebersetzungen geführt haben und warnt dringend vor einer Uebersetzung auf diesem Gebiete; nirgends sei das festina lente so angebracht wie hier. Ebenso verhalte es sich mit der Frage der Begräbnisplätze. Abg. Lingens beklagt, daß in Preußen noch immer die Sanitätskommissionen auf Grund des veralteten Regulativs von 1835 fungirten, von den Arbeiten des Reichs-Gesundheitsamtes aber gar keine Notiz zu nehmen schienen. Was die Begräbnisplätze betreffe, so sei die Probe auf die neueren Erfahrungen bereits in mehreren Ländern gemacht worden; die Pariser Kommission habe die alten Auffassungen in das Gebiet der Armenarmen verworfen, deren Schreckbilder gar keinen Hintergrund hätten. — In der Weinfrage habe das Reich vor Allem „deutsche Ehrlichkeit“ zu vertreten. Welchem Weinproduzenten wäre es früher eingefallen, seinen Wein zu fälschen, welcher Oribolzeibehörde, das zu dulden? Heute brause das Reichsgesundheitsamt Chemiker und Weinbändler als Autoritäten! Wer mit Kunstprodukten Geschäfte mache, müsse sie auch als solche bezeichnen. Und vollends die Judikatur sei für Handel und Verkehr bis heute wenigstens noch eine sehr unklare Basis.

Bundeskommissar Geh. Rath Köhler weist gegenüber diesen Ausführungen darauf hin, daß die Aufgaben des Reiches sich auf die Aufstellung der Grundzüge zu beschränken habe, nach welchen die Einzelstaaten dann ihre Anordnungen treffen. Es sei im Besonderen nicht Aufgabe des Reiches, zwischen den Befugnissen der Landes- und der Kommunalbehörden abzugrenzen.

Abg. Stauffenberg: Ich möchte die Anregung des Abg. Buhl auch hinsichtlich des Bieres dringlich unterstützen. Eine gesetzliche Ordnung der ganzen Materie ist absolut nöthig; die gegenwärtige Anwendung des Nahrungsmittelgesetzes hat einen Zustand der Unsicherheit in dem ganzen Gewerbetriebe heraufbeschworen und einer großen Anzahl von Leuten schwere Strafen zugefügt, die beim Erlaß des Gesetzes unzweifelhaft nicht beabsichtigt worden sind. Namentlich in Bayern, wo der gesetzliche Zustand ein ganz anderer ist als im übrigen Deutschland, hat sich dieser Uebelstand fühlbar gemacht. Das bairische Malzausschlaggesetz verbietet im § 7 ausdrücklich, zur Bereitung des Bieres irgend welche Stoffe außer Hopfen und Malz zu verwenden. Hiernach wird nun das Nahrungsmittelgesetz so interpretirt, als ob für Bayern der Begriff des Bieres absolut festgelegt sei, und jede Abweichung, gleichviel ob nützlich oder schädlich, wird als Kontravention gegen § 10 des letzteren Gesetzes erachtet, und die Kontravenienten in schwere Strafen verurtheilt. Ich will nun keineswegs eine laxere Praxis befürworten; aber zur Haltbarmachung wie zur Klä-

...ung des Bieres müssen die Brauer unbedingt gewisse Stoffe verwenden, deren Verwendung nach dem Gesetz wie diejenige von Surrogaten bestraft wird. Obwohl die Motive zum Nahrungsmittelgesetz §. 3. die Klärung des Bieres mittelst Gährungsblase oder Tannin für durchaus legal erklärten, sind zahlreiche Bierbrauer wegen der Anwendung dieser Mittel bestraft worden; obgleich sich die Verwendung der Salicylsäure technisch als durchaus unumgänglich für die Haltbarmachung des Bieres, namentlich des überreichlich zu exportierenden, längst erwiesen hat, so daß das Bier ohne diesen Zusatz absolut unverkäuflich ist (Auf: Dho!) — ich möchte den Herrn, der eben Das! ruft bitten, seine schätzenswerten Erfahrungen und doch nachher vorzutragen (Weiterkeit) —, sind eine ganze Reihe von Brauern verurteilt worden. Eine Reihe des wegen schwebender Prozesse sind freilich neuerdings eingestellt worden, weil die betreffenden exportierenden Brauereien erklärten, sonst ihren Geschäftsbetrieb zu beschneiden oder ganz aufgeben zu müssen. Aber andere Staatsanwälte können andere Auffassungen haben, und so dauert die Ungewißheit fort. Der Brauer, der zur Verhütung des Schimmels und zur Reinigung der Gese Salicylsäure benutzt, wird bestraft, darf aber ungestraft mit Salicyl äure behandeltes Malz oder damit gereinigte Gese beziehen. Das sind unhaltbare Zustände. In Bayern wird jetzt die höchste Biersteuer gehalten, welche namentlich die Landbrauer nicht auf die Konsumenten abwälzen können; sie machen deshalb mehr oder minder geringende Verluste, ein weniger haltbares Bier herzustellen. Der Brauer muß endlich einmal ganz sicher wissen, was er in der Brauerei anwenden kann und was nicht. Ist es doch notwendig gewesen, die Frage, ob Buchholzpähne zur Klärung verwendet werden dürfen, bis ans Reichsgericht zu treiben! Wir müssen einem solchen Zustande der Unsicherheit, wie er früher nicht entsetzt bestanden hat, endlich und baldigst auf gesetzlichem Wege ein Ziel setzen! (Beifall links.)

Abg. Stolle (Sozialdemokrat): Das Nahrungsmittelgesetz ist nicht so streng, es sollte noch strenger sein. Gerade beim Bier wird man oft durch gewissenlose Menschen geschädigt, Mühe würde da nur dem Betrüge Thür und Thor öffnen. Viel wichtiger wäre es aber noch, wenn das Reichsgesundheitsamt darauf sähe, daß gehörige Ventilation in den Fabriken geschaffen würde, damit nicht gewissenlose Unternehmer die Gesundheit ihrer Arbeiter aufs Spiel setzen. Damit würde man viele Menschen glücklich machen. Ferner: Durch die Abfuhr der Rückfälle werden die besten Gewässer verdorben. Auch hierüber wäre eine Untersuchung notwendig. Die Sozialdemokraten würden bereit sein, für solche Zwecke größere Summen zu bewilligen, wenn von dem Gesundheitsamt wirksamer eingegriffen würde. Das würde zum Nutzen der ganzen Bevölkerung sein. In dieser Richtung könnte die Reichsregierung einen Gesetzentwurf einbringen, die Mittel zur Ausführung desselben würden gern bewilligt werden. Auf einen dritten Uebelstand, auf die vielfachen Beschwerlichkeiten seitens der Verwaltungsbehörden hat der Abg. Lingens hingewiesen. Da könnte aber Hilfe geschafft werden, wenn endlich die Verwaltung der Friedhöfe den Gemeinden übertragen würde. Von diesen werden Hunderttausende gefordert, aber im Ueblichen haben sie nichts zu sagen. Die Kirchengemeinden weigern sich aber, auch etwas zu den Kosten beizutragen, wenn Summen notwendig sind. Schaffen Sie hier Abhilfe.

Das Kapitel wird genehmigt, ebenso der Rest der ordentlichen Ausgaben.

Unter den einmaligen Ausgaben befindet sich eine Postion von 150 000 Mark zur Förderung der auf Erschließung von Zentralafrika gerichteten Unternehmungen.

Die Kommission beantragt, wie bisher nur 100 000 Mark zu bewilligen, während der Abg. von Radow die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die Bewilligung von 150 000 Mark beantragt.

Referent v. Bunsen: Die Kommission hat beschlossen, die Ablehnung der mehrgeforderten 50 000 M. zu beantragen. Für die Ablehnung spricht der Grund der Sparsamkeit um so mehr, als nähere Erklärungen über die Dringlichkeit bisher nicht abgegeben seien. Die Kommission hat sich nicht entscheiden können, eine Dringlichkeit der Mehrausgabe von 50 000 Mark in dieser Beziehung zu bestreiten. Man darf nicht die Anschauung haben, daß man eine Bagatelle auch bewilligen könne, sobald über Bewilligung eines größeren Theils der Hauptsumme eine Uebereinstimmung herrsche. Deshalb hat die Mehrheit die geforderte Erhöhung abgelehnt. Es wurde dabei nicht in Abrede gestellt, daß die wissenschaftliche und praktische Seite der Thätigkeit der Afrikanischen Gesellschaft alles Lobes werth sei. Andererseits wurde hervorgehoben, daß, wenn die Afrikanische Gesellschaft in Deutschland überhaupt ihre Thätigkeit fortsetzen solle, diese Mehrbewilligung die geringste Summe sei, welche für die Arbeit als notwendig zu betrachten sei. Man sah te aus, daß die Arbeiten der Afrikanischen Gesellschaft in Deutschland zur Erforschung Innerafrikas bisher von allergrößtem Erfolge begleitet gewesen seien, daß sie mit geringerem Besatze als bei sonstigen Forschungsreisen durchgeführt seien. Es ist den Reisenden der Afrikanischen Gesellschaft gelungen, von Nordwesten und Südwesten nach Innerafrika vorzudringen, aber die Gesellschaft ist jetzt gezwungen, sich auf eine einzige Frage zu beschränken und die Erforschung Afrikas zu fördern. Die Verbindung von Sanghar nach dem Tanganika-See, von Morokko nach dem Senegal hat stattgefunden. Man habe es sich versagen müssen, den Osten weiter zu untersuchen, man habe sich seit entschieden, nur den Kongo allein zu erforschen und darin Außerordentliches geleistet. Boage gelangte in das Land der Freundschaft, das sonst dem Europäer unzugänglich war, und sei auch bei seiner zweiten Reise von glücklichem Erfolge begleitet gewesen. Unter diesen Umständen war die Minorität der Kommission der Meinung, daß die Bewilligung von 50 000 Mark das Beste sei, was man geben könnte. Der Majorität des Parlamentes der allgemeinen Kongokonferenz, welche zum ersten Male nicht bloß die Kulturvölker Europas sondern die Kulturvölker jenseits des Ozeans unter ihren Mitgliedern zählt, hat nun die größten Kulturfragen geregelt, vollständige Freiheit der Strommündung, des Handels innerhalb des Kongobassins. In einer Denkschrift hat die afrikanische Gesellschaft, die durch den Freiherrn von Schleinitz in der Kongokonferenz vertreten war, die vollständige Freiheit der Kommunikation gefordert, eine Forderung, die auch von der internationalen Kongokonferenz in Billigheit bekräftigt wurde. Das Resultat ist, daß die Kommission Sie ersucht, die mehrgeforderten 50 000 M. abzulehnen.

Abg. v. Radow: Ich glaube, man kann nicht besser für die Vorlage sprechen, als der Herr Referent. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe aber keine große Hoffnung, daß, nachdem sich im Hause eine Mehrheit gefunden, die dem ersten Beamten des Reichs die Mittel zur Entlastung von den Geschäften verweigerte, daß die Summe jetzt bewilligt wird. Das hat mich doch nicht abgehalten, die Wiederherstellung der Regierungsvorlage zu beantragen. Wir finden den Posten übrigens schon im vorigen Jahre, allerdings mit einer geringeren Summe. Damals hat der Reichstag die Forderung ohne weiteres bewilligt. In diesem Jahre wurden 50 000 M. mehr gefordert, und die Bundesregierung begründet das mit dem Hinweis, daß die Reisen und Forschungen doch dem Handel dienen und jetzt mehr ausgedehnt werden müssen. Der Referent empfiehlt nur 100 000 M. zu bewilligen und begründet es mit dem Hinweis auf die finanzielle Lage des Reichs. Es wäre aber

schlimm, wenn sich eine Abstimmung wie die vom Dezember v. J. angeblich aus Sparsamkeitsrücksichten wiederholte. Wir dürfen die Unterstützung nicht zurückziehen, wenn wir die Unternehmungen der Gesellschaft nicht schädigen wollen. Wir haben einen Wechsel gegeben, den wir jetzt einlösen müssen. Was würde es für einen Eindruck machen, wenn es heißt, der Reichstag hat nicht geglaubt, die notwendigen Mittel für Reisen zur Disposition stellen zu können. (Zuruf: Sind sie denn notwendig?) Die 50 000 M. sind notwendig, sonst würden sie von der Regierung nicht gefordert werden. (Weiterkeit links.) Was für einen Eindruck würde das im Auslande machen, wenn man hinweist auf die großen Erfolge in der auswärtigen Politik? Der Hinweis auf eine Vorlage, welche uns bald beschäftigen wird, sollte Sie doch wohl bewegen, hier zuzustimmen. Ich bitte Sie also, bitten wir dem Lande nicht das unerfreuliche Schauspiel, daß der Reichstag der Bundesregierung eine Forderung ablehnt, die wohlbegründet ist. Meine Herren! Für solche Zwecke hat das Deutsche Reich noch Geld, der Reichstag muß es bewilligen; bedenken Sie doch, was andere Länder für solche Zwecke bewilligen. Deshalb bitte ich, stimmen Sie für meinen Antrag.

Abg. Koeber: Die nationalliberale Partei wird dem Antrage auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage zustimmen. Als Mitglied des Ausschusses der deutschen Afrikanischen Gesellschaft kann ich Ihnen mittheilen, daß dieselbe bei ihren Mitteln nur einen kleinen Theil ihrer Pläne hat realisieren können; und nichts desto weniger sind ihre Erfolge, wie ja alleseitig anerkannt wird, sehr große. Als wir uns 1873 in derselben Frage einem auf Wiederherstellung der damaligen Regierungsvorlage gerichteten Antrage des Abg. Fürstenhohenlohe gegenüber befanden, sprach ich es aus, die Erforschung von Afrika werde nicht bloß für die Wissenschaft, sondern auch für Handel und Verkehr große Erfolge bringen; diese Behauptung hat damals freilich wenig Glauben gefunden; und die Bewilligung der 100 000 M. ist wohl damals rein im Interesse der Wissenschaft erfolgt, etwa wie man auch für die Expedition nach dem Nordpol u. dergl. Summen bewilligte. Heute liegt die Sache ganz anders. Die ganze deutsche Nation ist heute von dem Gedanken an Afrika erfüllt, mehr so als die Umstände es rechtfertigen. (Sehr wahr! links.) Die Reichsregierung hat große Strecken von Afrika unter ihren Schutz gestellt. Diese Thatsache in Verbindung mit der Abhaltung des Kongresses, welcher für alle Welt die Ausnutzung der von dem Kongo und Niger durchströmten Länder freigiebt, legt es uns nahe, diese kleine Summe zu bewilligen. Kaufmännischerseits wird auch diese praktische Seite der Sache besonders ins Auge gefaßt. Ich kann Ihnen nur dringend die Annahme der Regierungsvorlage empfehlen.

Abg. Witte: Die Rede des Abg. v. Radow muß ganz eigenthümliche Gedanken aufkommen lassen über die Beratung und Abstimmung über diesen Gegenstand in der Kommission. Die Mehrheit der Freisinnigen, wie ich selbst, hat für den Antrag der Regierung gestimmt, und die Abstimmung der anderen Parteien war keine geschlossene: einige Mitglieder der konservativen Partei haben für die Ablehnung gestimmt. (Große Weiterkeit.) Ich möchte doch die Instruktion, als ob hier im Hause eine Mehrheit sich gefunden, um wohlbegründete Forderungen der Regierung abzulehnen, zurückweisen. Wir unterstützen jede Forderung jeder Zeit einer sachlichen Prüfung; gerade daraus entstehen eigenthümliche Zusammenhänge der Mehrheit des Hauses. Freilich halten wir nicht mit dem Abg. v. Radow schon deshalb eine Forderung für wohlbegründet, weil sie von der Regierung gestellt wird. Was wir in der Kommission vermisst haben und noch vermisse, ist eine Mittheilung darüber, was denn die Afrikanische Gesellschaft für das, was die Regierung ihr bewilligt, geleistet hat, wie die Gelder zur Verwendung gekommen sind. Hierüber möchte ich eine nähere Auskunft haben und beantrage deshalb, den Titel zur nochmaligen Beratung in die Budgetkommission zurück zuverweisen.

Abg. Grad: Meine Freunde und ich werden für die Bewilligung der Regierungsvorlage stimmen. Die deutschen Forscher haben auf diesem Gebiete überall viel geleistet; das wird allerseits anerkannt, da kann auch das Deutsche Reich etwas thun.

Abg. Windthorst: Herr v. Radow hätte diese Angelegenheit für sich und ohne Rücksicht auf andere Positionen begreifen sollen. Was in dieser Beziehung geschehen ist, resp. noch zu geschehen hat, darüber werden wir zu einer anderen Zeit zu reden volle Gelegenheit haben. Ich halte es für nicht gedeilich, für die weitere Förderung des Staats gewisse Bewegungen, die auswärts gemacht werden, hier in das Haus zu übertragen. (Beifall.) Wir sind gekommen, den Etat zu prüfen, das Nothwendige zu gewähren und daß nach unserer Ansicht nicht Nothwendige zu versagen. Dazu sind wir verpflichtet durch die Stellung, die jeder Abgeordnete an sich selbst hat, durch die Ämter, die unsere Wähler uns bei den letzten Wahlen gegeben haben, und gegenüber dem enormen Defizit. Es ist klar, daß wir für alle die Ausgaben, die wir bewilligen, neue Steuern werden bewilligen müssen; und nach meiner Ansicht vertritt das deutsche Volk neue Steuern nicht. Das kann uns nicht hindern, nach allen Richtungen zu prüfen, ob nicht doch zu weiterer Entzwickelung der einheimischen Industrie und zur weiteren Beschaffung von Stellen für Anstellung der Bevölkerung, welche in der Heimath nicht bleiben können, neue Mittel notwendig sind; und ich bin ganz und gar einverstanden mit einer Politik, für Deutsche geeignete Kolonien zu finden. Darüber ist gar nicht zu streiten; es kann nur darüber ein Streit sein, was geeignet ist und was nicht. Eine Reihe von Kolonien, die man im Auge gefaßt hat, halte ich nicht für geeignet, einen Erfolg für den Export und für die Anstellung von Menschen zu gewähren. Dazu rechnet ich Angola Requeno, wo nach meiner Meinung Ueberzeugung Menschen nicht wohnen können. Ob man dort Kupferminen finden wird, wird sich ja noch zeigen. Die Leute selbst, die dort Geschäfte treiben, rothen von der Einwanderung in diese Gegenden ab. — Ich habe diese Bemerkungen nur hineingeschoben, um von vornherein zu sagen, daß ich für meine Person keineswegs gewonnen bin, mich gegen Kolonisation im Allgemeinen zu erklären. Für geeignete Kolonisation werde ich eintreten, soweit die konsentrierte Kraft des Reichs in Europa dadurch nicht geschwächt wird. Bei der zur Diskussion stehenden Position handelt es sich um die Bewilligung einer Summe, welche nicht direkt in die Hände der Regierung gelegt wird. Wenn die Regierung sagte: wir wollen da und dort eine Kolonie gründen, dazu brauchen wir eine Kommission, die das und dies untersuchen soll, und dazu sind Mittel nötig, da wäre die Sache eine andere als hier, wo wir einer andern Gesellschaft Mittel gewähren sollen. Indessen, da wir einmal 100 000 Mark bewilligt haben, ist diese Frage ja entschieden, und es handelt sich nur um die Erhöhung dieser Summe. Dafür sind aber keine direkten Gründe angegeben worden. Der Berichterstatter hat gesprochen, wie einer, der in der Kommission für die Sache war, die Gründe, die dagegen vorgebracht worden sind, hat er uns gar nicht mitgeteilt. Das entspricht nicht der Stellung des Referenten. Ich empfehle Ihnen deshalb nochmalige Beratung des Titels in der Kommission.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Der Herr Vorredner hat seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, für Mehrkosten stimmen und wirken zu wollen, wenn dieselben dadurch bedingt würden, daß man eine bestimmte Kolonisation ins Auge faßte und für diese Kosten verwendete, und daß darn, wie der Herr Vorredner sich ausdrückte, wir — worunter also vielleicht die Kommission des Reichstags in Vertretung mit zu verstehen sein würde — das Terrain näher daraufhin untersuchen, ob dasselbe zur Kolonisation geeignet wäre. (Abg. Dr. Windthorst meldet sich zum Wort.) Ich würde diesen Weg ja sehr

gerne betreten und bin für dieses theilweise Entgegenkommen den Herrn Vorredner schon sehr dankbar: wenn ich ihn nicht betrete, so bin ich genöthigt, die Gründe, die mich davon abhalten, doch wenigstens anzudeuten. Wenn wir ein solches Terrain näher bezeichnen: glaubt der Herr Vorredner zu glauben der Reichstag, daß andere Nationen, die unsere Kolonisationsversuche nicht mit dem Entgegenkommen aufgenommen haben — wie es ihnen meines Erachtens leicht und unethisch gewesen sein würde —, daß die warten würden, bis zu einem bestimmten Punkt erstorcht und erreicht haben? Wenn wir ihn hier anbeuten, so reicht das meines Erachtens, daß eine fremde Flotte morgen dort aufgezogen wird (links richtig! rechts), — telegraphisch —, und andere Nationen haben viel bereitere und nähere Kräfte. Sie können hierüber eben wenig genauere Auskunft verlangen, wie über manche diplomatischen Dinge, deren Erfolg man dadurch nur schädigt, wenn man sie vorzeitig veröffentlicht, — andere kann man ja dadurch fördern, daß man sie rechtzeitig veröffentlichen, indem man die öffentliche Meinung dafür zu Hilfe nimmt. Ich möchte dann darauf aufmerksam machen, daß die ganzen Kolonialbestrebungen die wir seit 2 Jahren in Angriff genommen haben, in der deutschen Nation über meine und, ich glaube, über unser Erwartungen Anhang und entgegenkommende Aufnahme gefunden haben. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierung hat daraus eine Rechnung genommen, daß sie für den Fonds, gewissermaßen die Vorbereitung, im amerikanischen Kolonialsysteme das Pionierwesen, den Pionierdienst für unsere Koloniale Ausdehnungen zu leisten hat, — in dieser Form Ihnen eine kleine Verstärkung vorschlug. Sie war der Uezeugung, in der Voraussetzung, daß natürlich der Reichstag die öffentliche Meinung der deutschen Bevölkerung vertritt, die Regierung hier ein bereitwilliges und freundliches Entgegenkommen finden, ja, daß sie getadelt werden würde, wenn sie die Möglichkeit, die Kolonien, die an der Küste von gegründet wurden, nach dem Innern hin für den Anstieg unserer Industrie, für den Abzug unserer überschüssigen Bevölkerung nutzbar zu machen, wenn sie diese Möglichkeit irgend wie auch nur der Zeit nach veräußerte, wenn sie von Ihnen nicht die Mittel verlangt, wenigstens eine vorläufige Vorbereitung und Ermittelung möglich machen, ob und nach welcher Richtung unsere Kolonialpolitik Ausschick haben, Handelsverbindungen anzuknüpfen auszuwehnen. Es hat in der ganzen Welt Erfolge erzielt, welche einzelne englische und amerikanische Reiset beispielsweise Mr. Stanley — der vor kurzer Zeit und besucht hat —, welche Erfolge dieser einzelnen energischen Mann in der Anknüpfung neuer Verbindungen im Interesse der Aufzucht gegeben haben, so daß einer anonymen Gesellschaft die erst allmählich sich die Anerkennung der bestehenden Staatsmacht und erkämpft, gewaltige Strecken, größer als das Zentrum des europäischen Kontinents, zur Verfügung waren eine staatliche Macht dahinter stände, zur Befestigung Vorbereitung für die Ausdehnung des eigenen Handels geworden sind. Diese Offenung ist natürlich nur dann möglich, wenn man zuerst die Erforschung des Innern betreibt, wenn man Terrain rekonnostrirt. Wollen Sie uns nun zu dieser Rekonnostrir die Mittel, die wir im geschätzten Betrage glauben für zu müssen, um der öffentlichen Meinung genug zu thun, bewilligen, ja, meine Herren, so entmuthigen Sie von aus unter Kolonialbestrebungen. Ich habe schon bei einer anderen Gelegenheit gesagt, eine Kolonialpolitik sich von Deutschland nur betreiben, wenn die Regierung sichere und mit einem gewissen Schwung und Enthusiasmus national gesinnte Reichstagsmajorität hinter sich hat (links richtig! rechts), und darum wird die Regierung sich vergewissern, ob sie diese Reserve hinter sich hat oder nicht. Ich, so wird sie mit dem Wahlsatze, welches unsere Schritte kennzeichnet, auch vorwärts gehen (Bravo! rechts) hat sie diese Reserve nicht hinter sich, so wird es contenti estote, seien wir zufrieden mit dem Kommissionsbericht selbst bauen! (Bravo! rechts.)

Abgeordneter Richter: Die letzte Erklärung des Reichskanzlers bin ich sehr geneigt, im Allgemeinen zu akzeptieren, daß nämlich die Regierung, wenn sie Erfolg wükten will, eine Parlaments-Majorität hinter sich haben muß. Gewöhnlich wird das als parlamentarisches Regierungssystem bezeichnet; und es freut mich, wenn Reichskanzler durch sein heutiges Einverständnis mit dem System viele Mißdeutungen zerstreut, zu denen seine sonstigen Reden wiederholt in dieser Hinsicht Anlaß gegeben haben, wird vielleicht auch unsere Bestrebungen nun künftig weniger ungünstig ansehen, als es bisher der Fall war. Ich konnte sodann nochmals, daß in der Kommission die Mehrheit konservativen Vertreter für den Abtritt, und die Mehrheit Vertreter meiner Partei gegen den Abtritt gestimmt hat, würde das nicht besonders hervorzuheben haben, wenn Herr v. Radow bei dieser Gelegenheit allgemeine Aussagen gegen meine Partei geäußert hätte. Wenn die Konferenz zwischen der Kommissionsberatung und heute ein Schweigen vollzogen haben, so nimmt ihnen das Niemand übel; dann soll man nicht Andere angreifen, sondern zufrieden sein, wenn man nicht selbst angegriffen wird. Ich meine, daß den Äußerungen des Reichskanzlers die Bemerkung der Beratung an die Kommission noch mehr am Platz ist, als im Plenum sind von Reichskanzler ganz andere Gründe gebracht worden, als in der Kommission von den Kommissaren.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Die letzten Worte des Herrn Vorredners veranlassen mich, lediglich eine Warnung gegen die Voraussetzung einzulegen, daß die Missionen in den Kommissionen von mir irgend welche Positionen empfangen. Ich würde mich ja dadurch sehr in theil setzen, wenn ich meine Ueberzeugung — was der Kommissar in meinem Namen amtlich erklärt, das bindet mich — legen wollte, ehe im Plenum überhaupt noch verhandelt und ehe ich weiß, ob sie eine Billigung von den verschiedenen Regierungen, von denen ich ja nur einen Theil hinter mich hat. Die Kommissarien in den Kommissionen meines Erachtens dazu da, Erklärungen und Aufstellungen über solche Punkte zu geben, welche die Vorlage dunkel unter Umständen, wenn sie sie nicht selbst in prompto durch diese durch Rückfrage bei der Regierung zu beschaffen. bindende Erklärungen für die verhandelnden Regierungen geben, dazu ist nicht einmal ein Kommissar der einheimischen Regierung in den preussischen Landtagen Kolonien berechtigt. Er würde sich meiner disziplinären Verantwortung aussetzen, wenn er dies thäte, am allerwenigsten aber er würde solche Berechtigung hier, wo der Vollmachtgeber ein bestimmter gesetzgebender Körper ist, dessen Vollmacht nicht jedem Kommissar über jede in der Kommission zu Tagende Frage vorweggenommen werden kann; es kann wohl vorkommen — mitunter, es wird nicht die Regierung aber es kann mitunter vorkommen — daß ein Kommissar in der Kommission Ansichten äußert, die nicht die meinigen sind. In der Regel hat er garnicht mit mir gesprochen, sondern er ist ein sachkundiger Mann und hat sich als ein christlicher Anwalt der Interessen der Regierung annehmen, noch mehr aber den Rücksichten der Kommission in zuvorkommender Weise diejenigen Erklärungen zu geben, die etwa noch nicht geliefert sind und deren sie, oder ein solches Mitglied der Kommission, bedarf. Weiter geht die Vollkommenheit eines Kommissars nicht, und ich muß mich gegen verhalten, die Regierung oder gar die verhandelnden Regierungen durch das gebunden zu halten, was ein Kommissar in der Kommission erklärt hat.

Abg. Hartwig spricht unter öfterer Weiterkeit des Reichstags für die Mehrbewilligung.

Abg. Günther (Sachsen) bittet gleichfalls um

Beim... Kommissar... fördern... Reich... das be... deutete... System... auf me... in die... monar... der e... Wir w... B. ist... Herren... eine M... Deuten... aller... Fragen... wie be... macht... neu... gar... daß... Blän... viel... dings... denn... können... Welt... forsch... mir zu... Auskun... bewill... und... aus lo... gierung... in den... dem... kann... wahr... überge... auf an... ver... Worte... „Wir“... mission... denen... ber... die D... sagen... sie mit... (links... position... tragen... Gesell... sie ver... gerade... einer... Heller... nicht... wollen... den... geforde... Kosten... olem... forsch... neuen... Sie de... verlang... Kommi... ich erf... Vorred... den... Herr... befand... um zu... zwei h... beizum... lichen... Fall d... Unter... ich stel... ich gel... wertig... den die... sich zu... verlan... geben... durch... das... Neues... rechts... über... hätte... mission... kann... man... Schw... In de... bin ge... überha... sein;... Komm... allein... um m... zu lö... die M... wird... einer... Pulve... vom... flamm... verleit... dazu... taktisch... aber... Kolon... zu ent... darauf... Forde... eine... vronif... etat... bald... alles... gaben... dinst... müßte... will... halte... näch... den... Verlic...

Bewilligung der Regierungsforderung, da eine nochmalige Kommissionsberatung nichts nennenswerthes Neues zu Tage fördern würde.

Abg. Windhorst: Mit dem „wir“, an welchem der Reichskanzler Anstoß genommen hat, wollte ich durchaus nicht das bezeichnen, was er annehmen schien; und wenn er andeutete, meine Partei strebe das sogenannte parlamentarische System an, so ist der verehrte Herr sich sehr. Ich kann mich auf meine Vergangenheit dafür berufen, daß ich nie Lust hatte, in die Regierungsinstitution irgendwie einzugreifen oder gar das monarchische Prinzip zu beeinträchtigen; ob das alle anderen Leute auch gethan haben, ist eine andere Frage. Wir wünschen weiter nichts, als eine nochmalige kommissionarische Prüfung der Sache, die ernst genug ist. Es giebt ja hier Herren, die sich immer gleich klar über Alles sind, sobald irgend eine Autorität darüber ihre Meinung geäußert hat; zu diesen Leuten gehöre ich nicht. Ich wünschte — und äußere das in aller Bescheidenheit —, daß der Reichskanzler bei so wichtigen Fragen selbst in der Kommission erschiene. Es handelt sich hier, wie bei so vielen anderen Dingen, über die sehr viel Lärm gemacht ist, um die neuen Pläne der Kolonisation, um eine ganz neue Politik; und ich meine, daß die Arbeiter der Ministerien gar nicht voll und ganz diese Dinge überschauen können, und daß nur der Autor selbst ganz und vollständig um seine Pläne mittheilen kann. Wäre das geschehen, so würde viel Staub nicht aufgewirbelt sein. Ich billige allerdings die Bestrebungen, Afrika genauer zu erforschen; denn dort allein wird überhaupt weiter kolonisiert werden können, es müßte uns denn ein zweiter Columbus einen neuen Welttheil entdecken. Ob es aber zweckmäßig ist, daß die Erforschung Afrikas gerade durch diese Gesellschaft geschieht, ist mir zweifelhaft; darüber können wir in der Kommission nähere Auskunft erlangen. Wir müssen sicher sein, daß das von uns bewilligte Geld auch zweckmäßig im Interesse Deutschlands und Deutschlands allein verwendet wird. Das ist ein durchaus lokaler und korrekter Standpunkt. Die Absicht, der Regierung Schwierigkeiten zu machen, haben wir nicht. (Beifall im Zentrum.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Ich weiß nicht, was dem Herrn Vorredner in meinen Worten Anstoß gegeben haben kann, hier mit einer gewissen stillen Entrüstung eine Verwahrung für seine monarchische Gesinnung und für sein Nichtübergehen einzulegen, und einen verächtlichen Seitenblick auf andere, weniger monarchisch gesinnte Leute zu werfen. Ich verstehe das gar nicht. Ich halte mich ganz genau an seine Worte. Ich habe auch gar nicht geglaubt, daß er mit dem „wir“ etwas anderes bezeichnete als die Mitglieder der Kommission, wie er jetzt auch wieder von mir verlangt, daß ich denen gegenüber die Dinge klarlegen soll. Ich habe schon vorher den Grund angedeutet, warum es nicht nützlich ist, die Dinge so offen klarzulegen. Außerdem aber muß ich noch sagen: was die Herren mir hier nicht glauben, das werden sie mir auch in der Kommission nicht glauben. (Große Heiterkeit.) Ich habe ja unter Umständen Kredit gehabt, — Dispositionsfonds von 50 000 M. und von sehr viel höheren Beträgen, und es ist mir auch ohne die Kontrolle der Afrikanischen Gesellschaft, wie sie hier vorhanden ist, getraut worden, daß sie vollständig verwendet werden würden. Warum Sie nun gerade über diese 50 000 M., falls Sie sie bewilligen sollten, einer vorgängigen Rechnungslegung bedürfen, wozu Sie auf Keller und Kassen verwendet werden sollen, das verstehe ich nicht recht. Wenn Sie koloniale Zwecke überhaupt nicht wollen, ja, meine Herren, dann lassen Sie uns bei Zeiten in den Stand, darauf zu verzichten, indem Sie Alles, was dafür gefordert wird, einfach ablehnen, damit wir nicht noch größere Kosten und Mühe darauf verwenden; dann ist eben opera et oleum verloren. Aber wegen 50 000 M., ob die für die Erforschung von Afrika in dem Moment, wo die Küsten sich mit neuen Kolonien bedecken, verwendet werden sollen! — wenn Sie dafür nach Allem, was darüber gesagt ist, noch von mir verlangen, daß ich über meine Kräfte hinaus spät nächsten Kommissionsberatungen beimöhen soll, — ja, meine Herren, ich erfreue mich leider nicht des rüstigen Alters des Herrn Vorredners; es ist für mich schon eine Schwierigkeit, hier den Sitzungen beimöhen, und ich würde, wenn der Herr Vorredner sich in ähnlichem leidenden Zustande befände, meinerseits nicht die Grausamkeit haben, ihm zuzumuthen, zu einer Zeit, wo ich sonst schon schlafte, zwei heile Treppen in die Höhe zu steigen, um der Kommission beimöhen. Ich habe es auch schon gethan bei außerordentlichen Gelegenheiten; ich habe es zu bereuen, und mein Arzt hat es zu beklagen gehabt; und ich bedauere, daß ich für diesen Fall dem Herrn Vorredner nicht den Gefallen thun kann, die Unterhaltung in der Kommission fortzusetzen. Hier aber, wo ich stehende bin, ich vollkommen dazu bereit. Alle Auskunft, die ich geben kann, habe ich gegeben, d. h. ich habe Ihnen angedeutet — es ist mir schon ganz lieb, daß Sie mich in die Nothwendigkeit dazu versetzt haben —, daß wir eine gewisse Vorsicht zu beobachten haben. Wenn Sie mehr von mir darüber verlangen, — nun, dann muß ich mich in das Schicksal ergeben, daß ich keine Charcen habe, bei Ihnen diese Sache durchzusetzen. Dann möchte ich aber fragen: wozu noch das Spiel verlängern? wozu noch in der Kommission? Neues werden Sie nicht mehr erfahren. (Sehr wahr! rechts.) Wenn der Herr Vorredner bestimmte Fragen, aber die er noch beunruhigt ist, an mich zu richten hätte, so würde ich bitten, das gegenwärtig zu thun. Die Kommission hat dieselbe Offenlichkeit. Alles, was ich da sagen kann, kann ich auch hier sagen. Und dazu bin ich hergekommen mit einiger Anstrengung und Ueberwindung meiner Schwäche, aber mit dem Gefühl, daß es meine Pflicht ist. In der Kommission zu erscheinen, ist meine Pflicht nicht. Ich bin gesetzlich nach dem Stellvertretungsgesetz vertreten. Es ist überhaupt nicht der Platz der Minister, in der Kommission zu sein; denn die Minister sprechen in letzter Instanz, und die Kommission spricht nicht in letzter Instanz, sondern das Plenum allein. Dazu bin ich zu alt in diplomatischen Verhandlungen, um mit Unterhändlern ohne Vollmacht definitiv unterhandeln zu können. Die Kommission ist die Stelle für Kommissionen, die Vorschläge zu geben haben, und nur in seltenen Fällen wird es sich empfehlen, daß Minister, die das letzte Wort in einer Sache zu sprechen haben, schon in der Kommission ihr Pulver verschießen und nachher erleben, daß die Kommission vom Plenum desavouiert wird, und das Plenum anders abstimmt. Auf diesen taktischen Irrweg werden Sie mich nicht verleiten, es gehören andere Fälle und andere Nothwendigkeiten dazu, um mein Erscheinen in der Kommission politisch und taktisch zu rechtfertigen. Diesen Fall rechne ich nicht dazu, aber ich bitte Sie nochmals dringend, im Interesse unserer Kolonialbestrebungen im Allgemeinen, und um dieselben nicht zu entmutigen und von Hause aus eine Hand voll kaltes Wasser darauf zu schütten — ich bitte Sie: bewilligen Sie diese Forderung und verzögern Sie die Bewilligung nicht durch eine weit re Kommissionsverhandlung. Es knüpfen sich mehrere provisorische Forderungen auch an diese, auch der Nachtragetat von 1881, den wir Ihnen zu bringen haben, ist nur deshalb Nachtragetat, weil die Sache eilig ist. Es sind das alles ganz unentbehrliche Vorausgaben und gleichzeitige Ausgaben für das Kolonisationsprogramm überhaupt, und wir würden die Sache durch diese Entscheidung im Kleinen und entmutigend den Enthusiasmus, der augenblicklich dafür vorhanden ist. Ob das in der Absicht liegt, ob das nützlich ist. Das will ich nicht in Ihrem Sinne entscheiden; in meinem Sinne halte ich es für nützlich, in der begeisterten Nation, die nicht oberflächlich und in leiner Schätzenschätzung ist, sondern die in den geliebtesten Kreisen unserer Nation tief wurzelt, die Berücksichtigung nicht zu versagen. (Bravo! rechts.)

Abg. Richter: Aus dem, was uns der Herr Reichs-

kanzler gesagt hat über die Stellung der Kommission, geht hervor, daß die Budgetkommission gar nicht in der Lage war, über die von der Regierung mit diesem Titel verfolgten Politik informirt zu werden. Wir haben von den Kommissionen keine bindenden Erklärungen verlangt, was wir wünschten, war nur, daß sich dieselben im Besitze des gesammten Materials über die von der Regierung verfolgte Politik befänden. Aber in der letzten Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß uns hier im Plenum erst Mittheilungen gemacht werden, welche den Dingen, über die verhandelt wird, stets ein ganz anderes Gesicht geben. Ich erinnere Sie nur an den Etat des Reichskanzler-Amtes. Da wurde uns hier ganz etwas anderes zur Beantwortung der Nachforderung mitgetheilt, als was die gedruckte Motive zur Rechtfertigung derselben enthalten, und was uns in der Kommission bezüglich derselben mitgetheilt war. Wir haben allerdings diese Position für die kommissionarische Beratung gar nicht heraus gesucht, sondern der Führer der Nationalliberalen, Herr von Benda. Der Herr Reichskanzler hat erklärt, daß er seinen Kommissaren keine besondere Instruktion für die Kommissionsberatung giebt. Wir werden diese Sache noch eine Weile ruhig mit ansehen, tritt alsdann aber keine Aenderung ein, so werden wir die betreffenden Positionen an die Kommission erst verweisen, nachdem wir uns in einer Vorberatung vom Herrn Reichskanzler selbst die nötige Aufklärung ertheilt haben. Der Herr Reichskanzler sagt: wenn mir hier nicht geglaubt wird, so werde ich auch in der Kommission nicht Glauben finden. Ganz das Gegentheil ist der Fall. Hat nicht Herr Windhorst betont, wie wir uns freuen würden, den Herrn Reichskanzler in der Kommission zu sehen? Wir verlangen nicht, daß der Herr Reichskanzler sich an den Beratungen jeder Kommission theilnimmt, sondern nur in Fällen, wo es sich um Dinge handelt, die für die Entwicklung unserer Politik wichtig sind, die hier im Plenum nicht gern erörtert werden von der Regierung. Der Herr Reichskanzler hat gemeint, über die Pläne der Regierung hier keine weiteren Andeutungen machen zu dürfen. Aber er könnte das in der Kommission thun, die nicht dieselbe Offenlichkeit besitzt, wie die Verhandlungen hier, denn die Behauptung ist nicht richtig, daß auch die Kommissionsberatungen rasch bekannt werden. Die Beratung in der Kommission hat einen mehr vertraulichen Charakter, es kann überdies in derselben das Amtsgeheimniß proklamiert werden, das unweiblich von Jedermann gehalten werden wird, dem es Ernst ist mit seiner Liebe zum Vaterlande. Die Verzögerung, welche die Angelegenheit durch eine nochmalige Verweisung in die Kommission erschwert, kann nicht in Betracht kommen, ich schließe mich deshalb dem Antrage des Abg. Windhorst auf eine nochmalige kommissionarische Prüfung des Titels an. Der Herr Reichskanzler meinte, es sei gar nicht Sache des Ministers, in die Kommissionsberatungen zu gehen. Haben denn die Herren v. Dronow, Marineminister v. Caprivi und Staatssekretär Stephan, die des öfteren in der Kommission erschienen sind, etwas Unrichtiges gethan? Wir ha en uns gefreut, die Herren dort zu sehen, und wenn nach der Rede des Herrn Reichskanzlers hierin eine Aenderung eintreten sollte, so würde dieselbe sehr zum Nachtheil der Sache ausfallen. Wir haben es stets erlebt, daß, wenn innerhalb der Kommission Nachforderungen zwischen Ministern und Abgeordneten gründlich erörtert sind, dieselben im Plenum fast dazwischen dem Haus verlassen.)

Staatssekretär v. Boetticher: Auch der Reichskanzler ist selbstverständlich der Meinung, daß die Kommission zu dem Zwecke in der Kommission zu erscheinen haben, um dort Informationen zu geben. Die Antworten derselben werden dort so erschöpfend sein, als ihnen nach der Entwicklung der Dinge möglich ist. Etwas Anderes ist es dagegen, ob die Kommission auch die Ziele der Politik der Regierung angeben können. Dazu sind sie nicht in der Lage und zwar um so weniger, wenn die verbündeten Regierungen sich noch einmal über eine Frage schlüssig gemacht haben. Ebenso beruht es auf einem Mißverständnis, wenn der Vorredner die Meinung hatte, in Bezug auf die Theilnahme der Minister an den Kommissionsberatungen solle nach dem Wunsche des Reichskanzlers eine Aenderung eintreten. Es ist selbstverständlich keinem Minister verboten, an den Kommissionsberatungen theilzunehmen, und wird auch in Zukunft keinem verboten werden. Ich selbst habe es mir zur Pflicht gemacht, in der Kommission zu erscheinen, als der mich betreffende Etat zur Beratung stand, theils aus Konnivenz gegen den Reichstag, theils aus Interesse zur Sache. Der Reichskanzler wollte nur hervorheben, daß eine Verpflichtung der Minister, in der Kommission zu erscheinen, nicht vorliegt. Gestatten Sie mir die Bemerkung, daß heute in der Diskussion auch nicht der Schatten eines neuen Argumentes für die vorliegende Position beigebracht ist. Was nun eine neue kommissionarische Beratung? Auch nicht ein Titelchen eines Novums würde in derselben gefunden werden können. Die Regierung würde sich auf die Erklärungen beschränken müssen, die hier und in der Kommission bereits abgegeben sind. Was bleibt übrigens bei den Herren der Opposition die Konsequenz? Null, als es sich um den Etat des Reichskanzleramtes handelte, haben Sie sich gegen eine nochmalige kommissionarische Beratung ihrer Titel gewendet. Heute, wo Ihnen ein gleiches Verfahren nicht opportun ist, verlangen Sie eine nochmalige Verweisung der Forderung an die Kommission, nur um Obstruktion zu machen. (Große Unruhe links.)

Abg. v. Köller sucht das Verhalten der konservativen Mitglieder der Budgetkommission gegenüber den Ausführungen des Abg. Richter zu rechtfertigen. Unter denjenigen Kommissionsmitgliedern, welche gegen die Forderung gestimmt haben, befanden sich nur zwei Konservative. Die Angabe des Abg. Richter, daß die Mehrzahl der Konservativen gegen die Forderung gestimmt habe, ist also den thatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechend. (Auf links: Wie viele waren denn da?) Von den sechs Konservativen, welche der Kommission angehören, haben zwei mit Ja, zwei mit Nein gestimmt, zwei waren nicht anwesend. Da kann man doch nicht sagen, daß die Mehrzahl der Konservativen gegen die Forderung gestimmt hat. (Zu den links.) Abg. Windhorst hat gesagt: Wir prüfen genau und je nachdem die Verhältnisse sind, bewilligen wir eine Forderung oder lehnen sie ab; wir sind aber nicht gleich dabei, Ja zu sagen, wenn die Regierung für irgend eine Forderung ist. Ich kann mich diesen Ausführungen gegenüber für unser Verhalten nur auf das Protokoll beziehen. Seit Jahr und Tag befindet sich diese Position im Etat; neu an ihr ist nur, daß die Forderung von 100 000 auf 150 000 Mark erhöht worden ist. Wenn eine Position so wie diese seit langer Zeit sich im Etat befindet, kann doch sicher nicht gesagt werden, daß dieselbe eine wichtige hochpolitische Angelegenheit sei. Die Abg. Richter und Windhorst haben beantragt, den Titel nochmals an die Kommission zu verweisen. Ich weiß nicht, was er da soll. Wir sind schon heute in der Lage, unser Votum abzugeben.

Abg. v. Benda: Ich habe allerdings die kommissionarische Beratung dieser Position beantragt, aber dieselbe war nicht genug für eine solche Behandlung. Zur Sache selbst kann auch ich nur bemerken, daß die Angelegenheit in der Kommission auf das Eingehendste erörtert ist. Auch das ausführliche Verbot des Herrn v. Bunsen ist ein Beweis dafür. In der heutigen Diskussion sind Nova nicht beigebracht worden, auch vom Reichskanzler nicht. Es ist uns nur bestätigt worden, was uns bereits in der Kommission gesagt war, und es ist auch richtig, daß wir neue Gesichtspunkte nicht mehr zu erwarten haben. Zwar ist es bisher Verzicht gewesen, den Wunsch auf eine nochmalige Verweisung nicht unbedingt zu lassen, aber diese bisherige Verzicht ist doch nicht bindend für alle Fälle. Wir stimmen gegen die Verweisung an die Kommission, weil neue Momente für die vorliegende Frage nicht mehr zu erwarten sind.

Abg. Richter: Das ist doch heute die verkehrte Welt. In der Kommission hat die Mehrheit meiner Partei, 3 gegen 2 Stimmen unter den anwesenden Mitgliedern, für die Bewilligung der vollen Forderung gestimmt. Sie haben ja gar keinen Anhalt, irgendwie zu vermuthen, daß die Gesamtheit meiner Fraktion sich anders stellen werde, als die Mitglieder in der Kommission. Umgekehrt hat jetzt die konservative Partei, daß ist jetzt festgestellt, sich mit Stimmengleichheit für und gegen die Bewilligung in der Kommission ausgesprochen. Die konservativen Mitglieder haben mit 2 gegen 2, noch andere mit 3 gegen 1 Stimme in der Kommission gegen die Regierungsvorlage gestimmt. Es geht also klar daraus hervor, daß in der Kommission die Regierungsforderung nur abgelehnt wurde durch das Verhalten der konservativen Partei. Nun sollten Sie doch, wenn irgend ein Theil des Hauses nicht im Stande ist, sich so rasch und vollständig zu informieren, wie Sie es außerhalb der Öffentlichkeit gethan haben, es Anderen nicht verübeln, wenn sie eine größere formelle Behandlung verlangen. In der Weise, wie der Herr Reichskanzler heute gesprochen hat, kann nicht in der Kommission gesprochen worden sein, oder der Kommissionsbericht des Herrn von Bunsen wäre unvollständig. Nach dem, was meine Freunde berichtet haben, war überhaupt Herr von Bunsen in der Kommission der Einzige, welcher über die Verwendung der Gelder etwas Näheres sagte, selbst mehr wußte, als die Vertreter der Regierung. Was verlangen wir denn eigentlich? Nicht daß die künftigen Forschungspläne, wie der Herr Reichskanzler irrtümlich annahm, dargelegt werden, sondern eine Nachweisung der bisherigen Verwendung dieser Summe. Es sind jetzt im Verlauf der Jahre schon 800 000 Mark für solche Forschungszwecke bewilligt worden, und die Jahresraten dafür sind fortwährend gewachsen von 50 000 Mark an. Wir wissen sehr wohl, was die Afrikanische Gesellschaft geleistet hat, aber in allen Büchern, die über deutsche Forschungsbereise erschienen sind, findet sich nur hier und da eine verlorene Andeutung darüber, aber nirgends eine Uebersicht, wie wir sie zu erhalten wünschen. Man sagt nicht mit Unrecht, daß, wenn jetzt die Erforschung Afrikas in den Augen der Welt eine höhere Bedeutung hat, ganz abgesehen von Kolonialplänen, die nur künstlich damit zusammenhängen, so ist es natürlich, diese Summe höher zu bemessen, als früher. Wenn eine höhere Summe in Betracht kommt, wächst auch das Interesse des Reichstags, zu sehen, was damit gemacht wird. In welcher eigentümlichen Lage sind wir doch! Auch die gedruckten Motive zum Etat enthalten nicht die mindeste Andeutung über die kolonialpolitische Wichtigkeit, wie sie heute im Plenum durch die Rede des Reichskanzlers hervorgehoben ist. Es geht heute genau so wie mit der neulichen 20 000 Mark Position. (Sehr richtig! links.) In den Motiven war das Hauptgewicht auf die Abgrenzung der Abtheilungen des Auswärtigen Amtes gelegt (sehr richtig! links), der Unterstaatssekretär Herr Busch hatte das auch hier ausgeführt; gleich darauf erschien der Reichskanzler, und sagte gerade das Gegentheil (hö! hö! hört! links), auf die Abgrenzung läme es ihm garnicht an, die Sachen ließen sich auch garnicht so scheiden, es müßten oft alle Abtheilungen bei derselben Sache zusammen arbeiten, nur auf die Vernebrung der Vertrauenspersonen läme es ihm an, deren Unterchrift er die feinege beistehen könnte. Mitten im Plenum veränderte sich also plötzlich die ganze Sachlage. Man hat uns vielfach verübelt, daß wir unter diesen Umständen jenen Posten nicht an die Kommission zurückerweisen hätten. Heute wird nun aus einem rein sachlichen Grunde die Zurückverweisung in die Kommission beantragt, und zwar noch dazu von einem Mitgliede, das schon in der Kommission für die Regierungsforderung gestimmt hat — und nun ist es den Herren auch nicht recht. Sie suchen eine einfache formale Frage künstlich aufzubauschen. (Widerspruch rechts.) Es soll mich gar nicht wundern, wenn Sie demnächst versuchen, auch diese Frage zu einer nationalen aufzubauschen; dann wird vielleicht draußen wieder derselbe Lärm entstehen, den wir in den letzten Wochen erlebt haben. Dagegen hätte ich nichts einzuwenden, dann machte sich diese Bewegung vollends lächerlich. Wie man sich sachlich mit einem Reichstage verständig, namentlich in Fragen, wo auswärtige Beziehungen in Betracht kommen, dafür hat der Kriegsminister ein Muster gegeben. Es war zuerst hier im Reichstage für die Bewilligung gewisser neuer General- und Offiziersstellen wenig Stimmung vorhanden, darauf hat der Kriegsminister selbst in der Kommission nähere Aufklärungen gegeben, die sich zum Theil nicht zur Widergabe im Plenum eignen; darauf haben die Kommissionsmitglieder an die einzelnen Parteien Bericht erstattet und in der nächsten Sitzung der Kommission hat auf Grund der Informationen des Kriegsministers die Kommission in allen Parteien einstimmig diese Forderungen genehmigt, wie das wahrheitsgemäß auch im Plenum geschehen wird. So handelt eine Regierung, wenn sie sich sachlich verständigen will. Herr v. Boetticher hat gesagt, wir wollten Obstruktionspolitik treiben. Bisher war es parlamentarisch nicht Sitte, Jemandem andere Motive unterzulegen, als zu denen er sich bekennt. Wollte ich Herrn von Boetticher auf diesem Wege folgen, so könnte ich sagen: Ja der Art, wie Sie vorgehen, erwiden Sie den Verdad, daß es sich bei Ihnen nicht um die Bewilligung der Position handelt, sondern darum, ganz künstlich Konflikte herbeizuführen. (Großer Lärm rechts. Präsident ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.)

Abg. Richter (zur Geschäftsordnung): Der Herr Präsident hat mich vollständig mißverstanden. Ich habe nur hypothetisch gesagt, daß, wenn ich auf die Weise, wie Herr von Boetticher es uns gegenüber thut, Schlüsse gezogen hätte, so hätte ich zu dieser Aeußerung kommen müssen.

Präsident v. Wedell: Wegen des Ordnungsrußes kann ich den Abg. Richter nur auf den geschäftsordnungsmäßigen Weg verweisen.

Staatssekretär v. Boetticher: Jede Verweisung dieser Position an die Kommission nach einer erschöpfenden Verhandlung über dieselbe würde nur dazu dienen, die Sache zu verschleppen. Der Vorredner hat sich zwar bemüht, neue Gesichtspunkte dafür aufzuwänden, aber die er Aufklärung verlangt, und da es ihm nicht gelungen ist, dieselben pro futuro zu finden, so hat er sich auf Momente aus der Vergangenheit bezogen, die scheinbar der Aufklärung bedürftig sind. Er wünscht zu wissen, zu welchem Zweck die bisher bewilligten Summen verwendet worden sind. Aber auch darüber sind bereits Aufklärungen gegeben. Die früheren Gelder sind zum größten Theil der Afrikanischen Gesellschaft zugewendet worden, um ausgesandte Expeditionen auszustatten. Natürlich sind dieselben nicht durchweg aus diesen Fonds zustandekommen, sondern auch aus eigenen Mitteln der Gesellschaft. Daneben hat die Regierung auch eigene Expeditionen veranstaltet, wie die des Major von Mechow, des Dr. Höpner u. A. Es handelt sich aber bei diesen nur um ganz untergeordnete Beträge. Auch über die Verwendung der Summen durch die Afrikanische Gesellschaft hat eine Kontrolle stattgefunden. Der Gang der Dinge war regelmäßig der, daß die Afrikanische Gesellschaft sich mit ihren Plänen an den Reichskanzler wandte; und von demselben ist genehmigt worden, ob eine Subvention statfinden könne von Seiten des Reiches. Erst dann ist die Bewilligung der Summen erfolgt. Der Herr Vorredner hat dann noch gestaunt nach dem Verhältnis zwischen dem, was aus der Reichskasse und was aus anderen Mitteln für Expeditionszwecke geleistet ist. Aber das ist unmöglich. Wir sind gar nicht in der Lage, alle die Kreise, welche Summen für diese Zwecke aufgebracht haben, zu einer Angabe derselben zu veranlassen. Worauf es allein ankommt, ist doch die Frage, ob sich das System, das bisher bei den Subventionen in Anwendung gebracht ist, bewährt hat, ob Gutes mit demselben geleistet ist.

Wenn in dieser Beziehung Herr Abg. Witte gefragt hat, was die afrikanische Gesellschaft geleistet hat, so kann ich ihn auf Arbeiten Wisemanns, Dengs und Nachtigals verweisen; die ihm nicht unbekannt sein können. Die Regierung kann nicht Alles gedruckt vorlegen, sie muß darauf rechnen, daß jeder Gebildete diese Arbeiten verfolgt und sich ein Urtheil darüber bildet, ob es gut und nützlich ist, dieselben fortzuführen. (Zustimmung rechts.) Wenn Sie dann die Ueberzeugung erhalten, daß das Bedürfnis zur Bewilligung dieser Summe ein dringendes und die Mehrforderung von 50 000 Mark nur eine bescheidene ist, so werden Sie dieselbe bewilligen können, und zwar schon heute, da nichts Neues mehr erbracht werden kann für den, der Augen hat, zu sehen. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Ich bleibe dabei stehen, daß eine Zurückverweisung an die Kommission erforderlich ist. Allerdings kann eine Kommission lediglich beschließen, wenn sie von den Intentionen der Regierung unterrichtet ist, und ich kann dabei einen Unterschied zwischen tatsächlichen Aufklärungen und Meinungen nicht machen. Wenn wir eine Summe für einen neuen Zweck bewilligen sollen, müssen wir wissen, wozu die Reise geht. Herr von Boetticher sagt, es wäre nichts Neues mehr vorzubringen, und dabei hat er selbst eine ganze Menge Neues gebracht! Generell wünsche ich, daß bei so wichtigen Fragen ein schriftlicher Bericht seitens der Kommission erstattet würde (Ab! rechts); der Referent hat entschieden eine sehr glänzende Verantwortung der Position geliefert, aber nicht objektiv und von dem, was der Herr Staatssekretär eben vorbrachte, kein Wort berichtet. Niemand ist im Hause, der dem Reichskanzler nicht Alles glaubt, was er Thatsächlich anführt; anders mit seinen Meinungen. Hier werden wir berechtigt sein, mit der Bescheidenheit der Männer, welche nicht so unterrichtet sind, wie der Reichskanzler, Meinung gegen Meinung zu stellen. Wollte ich meine Meinung der des Reichskanzlers, wie er verlangt, unterordnen, so wäre ich hier ganz überflüssig. Gegen den Ausdruck „Obstruktion“, den der Herr Staatssekretär gebraucht hat, protestire ich entschieden; auch wir haben das Recht, mit Rücksicht behandelt zu werden! (Beifall links und im Centrum.)

Nach einigen unwesentlichen persönlichen Bemerkungen wird der Antrag auf Zurückverweisung der Position an die Budgetkommission in namentlicher Abstimmung mit 135 gegen 128 Stimmen angenommen.

Der Rest des Spezialratums des Reichstags des Innern wird ohne Debatte bewilligt.

Darauf verläßt sich das Haus.
Schluß 5^{1/2} Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Nachtragetat betr. die Dampfbaraffe für den Gouverneur von Kamerun.)

Lokales.

In der Angelegenheit der Durchlegung der Taubenstraße nach dem Hausvoigteiplatz erfahren wir von zuverlässiger Seite, daß die Mietler der bei der zur Niederlegung in Folge des Durchbruchs in Betracht kommenden Häuser am Hausvoigteiplatz von der Eigenhümerin dieser Häuser, der Deutschen Baugesellschaft, am 1. April d. J. per 1. Juli er. gekündigt werden. Demerkt hierbei muß werden, daß die sämtlichen interessierten Mietler Kontrakte mit Kündigung von Vierteljahr zu Vierteljahr haben. Hiernach dürfte also noch im Laufe dieses Jahres mit der Durchlegung der Taubenstraße der Anfang gemacht werden.

Die Beerdigung des im Duell gefallenen Studenten Holzapfel hatte heute Mittag viele Tausende nach dem Jakobikirchhof am Rollzug geführt. Schon lange vor Beginn der Feier mußte der Friedhof geschlossen werden. Der noch geöffnete Saal war für die nächsten Hinterbliebenen in der Leichenkammer aufgestellt. Die Studirenden, der Ausschuß der Universität war mit dem Unioeritätsbanner und der Fakultätsfahne der philosophischen Fakultät erschienen. Im Namen des Ausschusses legte ein Mitglied desselben einen Lorbeerkranz auf dem Sarge nieder. Der Verein deutscher Studenten, für den Freiherr von Hedlich einen Kranz mit Widmungsschleife spendete, war vollzählig erschienen. Die Kränze hatten je 3 Chargirte entworfen, die vier hiesigen Burschenschaften waren gleich den drei Reformburschenschaften und den fünf Verbindungen in corpore erschienen. Auch die freie wissenschaftliche Vereinigung hatte sich mit der Fahne eingefunden. Zahlreiche andere Vereine überbrachten

Kränze oder Palmen, zum größten Theil mit Schleifen in den Farben der Verbindungen. Die Frier selbst gestaltete sich überaus weihenoll. Das Musikkorps des Musikvereins intonirte zunächst einen Choral, dann sang der Henneberg'sche Chor das „Was Gott thut, das ist wohlgethan“, dem die Trauerrede des Prediger Seyring folgte. In feierlichem Zuge wurde dann die irdische Hülle des Verewigten nach der offenen Gruft überführt.

Der seit vier Jahren als Vorrangirer bei der Anhalter Bahn beschäftigte Herr F. Gröble, Vater von vier Kindern erhielt am 8. Januar d. J. seine sofortige Entlassung. Der Grund hierfür soll darin zu suchen sein, daß Herr G. bei den letzten Reichstagswahlen Stimmzettel, welche auf den Namen des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten lauteten, vertheilte. Man hatte ihn deswegen bei seinem Betriebsamt denungirt.

g. Die Rgl. Staatsanwaltschaft beim Landgericht II. zu Berlin hat bis jetzt trotz eifrigster Nachforschungen nicht den Thäter ermitteln können, welcher am 13. August v. J. Nachmittags gegen 1 einhalb Uhr die verehelichte Arbeiter Auguste Hennicke aus Belten in dem Königl. Forst (Schützbezirk Hohenschöpping) angefallen und ihr ein Portemonnaie mit 1,25 Mark Inhalt geraubt hat. Sodann zog der Unbekannte ein Messer und stieß der Hennicke, welche sein weiteres Ansfinnen, sich seinem Willen zu fügen, beharrlich ablehnte, in die Brust, so daß die Aelder und das Gemde durchschloß wurden. Hierdurch erschreckt und um ihr bedrohtes Leben zu retten, gab die H. endlich ihren Widerstand auf. Nach der Beschreibung der Ueberfallenen ist der Thäter ca. 5'4" groß, kräftig gebaut und im Alter von 29 bis 30 Jahren. Die Kleidung bestand in einem dunklen Anzuge, welchem Chemise, schwarzer Halsbinde und schwarzem Hut, sog. Götter, ferner führte der Unbekannte einen Kräftel von gelblicher Farbe bei sich. Derjenige, welcher Kenntniß von der Person des Thäters oder von solchen Thatsachen hat, welche auf die Spur des Thäters führen könnten, wird um schleunige Mittheilung entweder an die gedachte Staatsanwaltschaft oder an die nächste Polizeibehörde ersucht.

a. Entsetzlicher Unglücksfall. Gestern Morgen gegen 6 Uhr wurde von mehreren Personen unmittelbar an der am Ende der Theerstraße befindlichen sogenannten schwarzen Brücke, dicht beim städtischen Zentral-Viehhofe, die Droschke II. Klasse Nr. 5550 den Abhang hinunter gestürzt und der Kutscher aus mehreren Wunden im Genick und an der Stirn blutend, unter seiner Droschke liegend todt vorgefunden. Das Pferd hatte sich von den Strängen losgerissen und war frei umherlaufend in der Nähe des Viehhofes ausgegriffen worden; es wurde vorläufig in einem Schlachthause auf dem Viehhofe untergebracht. Wie der Augenwärtler lehrt, ist der mangelhafte Zustand der Brücke, der ein Geländer fehlt, sowie die vollständig ungenügende Beleuchtung dieses Theils der Theerstraße die Hauptursache an dem traurigen Unglücksfall, der nur dadurch herbeigeführt sein kann, daß der Kutscher in der verflochtenen Nacht beim Passiren der Brücke mit seinem Gefährt in Folge der herrschenden Mängel in die Vertiefung gestürzt ist und so seinen Tod gefunden hat.

Ein furchtbares Ende fand, wie der „Germania“ erzählt wird, vorgestern in den Nachstunden ein junger feingebildeter Mann. Derselbe ging offenbar „berückt“ über den Potsdamer Platz. Sein besonderes Vergnügen bestand darin, vor jungen Frauenzimmern in lustig sein sollender Weise den Hut zu schwenken. Als er diesen „Scherz“ auch beim Ueberschreiten des Potsdamerplatzes machte, wurde er von einem Wagen erfasst, überfahren und sofort getödtet. Der Kopf war beinahe vom Rumpfe getrennt. Die Leiche des Unglücklichen, der angeblich den besten Ständen angehörte, ist nach der Morgue geschafft worden.

g. Die Leiche eines bisher noch nicht rekonnozirten Mannes ist am 8. v. Mts. zu Ober-Schönweide, in der Schonung der Köpenicker Forst aufgefunden worden. Nicht unwahrscheinlich ist es, daß die Leiche mit einer Person identisch ist, welche in Berlin vermißt wird. Der Verstorbene war mittelgroß, im Anfang der 30er Jahre, hatte braunes Kopfsaar und rothblonden Schnurbart. Bekleidet war er mit noch gut erhaltenem Anzuge, bestehend aus Rod, Hose und Weste aus dunkelrothem Stoff, Stiefeln mit Gummizug, Oberhemd, darunter ein wollenes Hemd, Unterbekleidern, baumwollenen Socken und schwarzem Filzput mit hellrothem Futter. Eventuelle Mittheilungen in Bezug auf den Verstorbenen nimmt der Amtsvorsteher Herr Krieger in der Oberförsterei Köpenick entgegen.

Polizei-Bericht. Am 7. d. M. Nachmittags wurde der Knopfmacher Franzel in der Knopffabrik von Köhl, Köpenickerstraße 3-5, durch den Stempel einer von ihm bedienten Knopfpresse der Mittelfinger der linken Hand zerquetscht, so daß Franzel nach Belanien gebracht werden mußte. — Am 8. d. M. Nachmittags wurde in der Neuen Jakobstraße der Postbote Wagner in Folge eigener Unvorsichtigkeit von einem Gasse der Feuerwehre überfahren. Er wurde ebenfalls nach Belanien gebracht. — Zu derselben Zeit kam in der Altenberg'schen Holzwerkzeug-Fabrik, Müllerstraße Nr. 161, der Arbeiter Knopfmacher Knopfmacher Knopfmacher mit der rechten Hand der Knopfpresse zu nahe und wurde ihm der Zeige- und Mittelfinger fast geschnitten. Knopfmacher wurde nach der königlichen Klinik gebracht. — An demselben Nachmittage wurde ein Mann in der Latwehrrstraße, auf einem Hausboden an einem Nagel hängend todt vorgefunden. Derselbe hatte sich vorher schon durch ein Schuß in den Mund zu tödten gesucht. Die Leiche wurde in dem Obduktionshause geschafft. — Am demselben Tage wurde der Langestraße 108 wohnhafte Kaufmann Selter in der Kanonierstraße plötzlich vom Blutsturz befallen und verstarb kurz darauf in der Wohnung seiner Mutter, Jakobstraße 70, wohin er auf seinen Wunsch gebracht worden war.

Arbeiterbewegung, Vereine und Versammlungen.

Der Arbeiter-Bezirksverein für den Osten Berlins hielt am Dienstag, den 6. Januar, in Keller's Gesellschaften, Andreasstraße 21, eine Mitglieder-Versammlung, welche durch die ersten Vorsitzenden Herrn Herold um 9^{1/2} eröffnet wurde. Nachdem derselbe die Anwesenden begrüßte und in seiner Ansprache einen Rückblick auf die Thätigkeit des Vereins im vergangenen Jahre gemacht, ersuchte er die Mitglieder, dafür zu sorgen, daß der Verein immer mehr an Mitglieder zunehme und forderte die Anwesenden auf, das fernere Wachsen und Gedeihen des Vereins ein dreifaches Hoch auszubringen, in welches die Versammlung einstimmte. Ferner theilte er mit, daß der Verein ein wieder durch den Tod ein thätiges Mitglied, den Strumpfmacher August Böfel, verloren habe und forderte auf, das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Blättern ehren, welcher Aufforderung nachgegeben wurde. 1. Punkt der Tagesordnung „Statutenänderung“ nahm Herr Herold das Wort und theilte mit, daß von Seiten des Vereins im Interesse des Vereins einige Anträge auf Änderung der Statuten vorlägen. Nachdem das Statut mit den Änderungsanträgen versehen und in eine Spezialkommission nicht eingetreten wurde, nahm die Versammlung das Statut an. Nach Erledigung des Tagesordnungs machte der Vorsitzende auf die nächste Generalversammlung des Vereins, welche am 20. Januar in demselben Lokale stattfindet, aufmerksam und theilte mit, daß er gezwungen sei, das Amt als Vorsitzender niederzulegen, da er wegen Ueberbürdung andern Arbeiten diesem Amt nicht mehr vorziehen könne, es erforderlich sei. Schluß der Versammlung um 10 Uhr.

Der Fachverein der Berliner Kürschner und Bergengenossen feiert am 19. Januar 1885, Abends 8 Uhr, im Schützenhause, Linienstraße 5, das erste Stiftungsfest, werden mit Tanz, deklamatorischen Vorträgen, unter Mitwirkung des Kürschner-Gesangsvereins. Die Feier scheint sich zu recht amüsanten zu gestalten, da auch die Kürschner-Vereine von Leipzig, Dresden, Hamburg u. s. w. Delegirte entsenden. Freunde des Vereins machen wir ganz besonders darauf aufmerksam. Billets sind zu haben bei Berger, Königsplatz, Wiedemeyer, Brandenburgische Straße 4, Levin, Reibestraße, Grünert, Elisabethstraße 9, und im Vereinslokale, Köpenickerstraße 33 bei Seefeld. Auch möchten wir gleichzeitig auf am 20. Januar stattfindende öffentliche Versammlung der Kürschner Berlins, einberufen von der Lohn-Kommission, welche ebenfalls im Schützenhause stattfindet, aufmerksam machen.

Briefkasten der Redaktion.

D. M. Mühlendorf. In Betreff des Romans, den Sie sich gefälligst an die Expedition dieses Blattes wenden. Das Buchchen wird nicht angehen. — Die betreffende Karte vorhanden; wenden Sie sich an Herrn Zimmermann G. Dorotheenstraße 20, Hof 1, Berlin.

Theater.

- Königliches Opernhaus:
Heute: Der Trompeter von Säckingen.
- Königliches Schauspielhaus:
Heute: Rosenkranz und Guldenstern.
- Deutsches Theater:
Heute: Der Weg zum Herzen.
- Bellealliance-Theater:
Heute: Der Raub der Sabinerinnen, Schwank in 4 Akten von Franz und Paul Schönthan.
- Königliches Wilhelmstädtisches Theater:
Heute: Gasparone.
- Central-Theater:
Heute: Der Walzer-König.
- Residenz-Theater:
Heute: Der Klub.
- Balhallen-Operetten-Theater:
Heute: Der Feltprediger.
- Königliches Theater:
Heute: Jenny Waldmann.
- Abend-Theater:
Heute: Der Prinz von Monte Plasco.
- Wälder-Theater:
Heute: Die goldene Spinne.
- Victoria-Theater:
Heute: Sulfurina.
- Alhambra-Theater:
Heute: Die Galloschen des Glücks.

45 Allen denen, die meinem lieben Manne, dem Strumpfwirker Friedr. Böfel, die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere den Mitgliedern des Arbeiter-Bezirksvereins für den Osten, sage ich meinen tiefgefühlten Dank. Witwe Böfel.

Arbeitsmarkt.

- Ein Knabe von 15 Jahren v. außerhalb sucht einen thätigen Lehrling zur Erlernung der Tischlerei. 48 West. Hdr. Friedrichsberg, Blumenhalsstr. 20 b. G. Elias.
- Wein Rohwaaren-Geschäft will ich verl. (Miethe 324 M.) 47 Jul. Glaser, Wienstr. 11.
- Die Nr. 12 der humoristischen Blätter „Der wahre Jacob“ erscheinen und in der Exped. d. „Berl. Volksbl.“ zu haben

Preussische Loose: Hauptziehung 16. Jan. — 31. Jan.
Original $\frac{1}{1}$ 350 Mark, $\frac{1}{2}$ 154 Mark, $\frac{1}{4}$ 72 Mark.
Antheile $\frac{1}{8}$ 30 Mk., $\frac{1}{16}$ 15 Mk., $\frac{1}{32}$ 7,50 Mk., $\frac{1}{64}$ 4 Mk.

Borchardt Gebr., 1. Geschäft Friedrichstraße 61, Telephon 480
2. „ Königstr. 1, Ecke Burgstr. „ 3158

Central-Frauen- und Sterbekasse der Schuhmacher
und verw. Berufsgenossen Deutschlands.
(G. S. 32. Derlinische Verwaltungsstelle Berlin.)
Montag, den 12. Januar 1885, Abends 8 Uhr.

General-Versammlung
in Nietz's Saal, Kommandantenstr. 71-72. Quittungsbuch legitimirt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Fachverein der Gürtler und Berufsgenossen.
Sonntag, den 11. Januar, Vorm. 10^{1/2} Uhr, Marionnenstraße 31-32 bei Herrn Gollhard.

Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Regelung des Arbeitsnachweises. 3. Verschiedenes. 4. Fragebogen.
Neue Mitglieder werden aufgenommen. Mitgliedsbuch legitimirt. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen. 34 Der Vorstand.

Fachverein d. Nähmaschinenarbeiter und Berufsgenossen.
Sonntag, d. 10. d. M., Abends 8^{1/2} Uhr, in Feuerstein's Restaurant, Alte Jakobstr. 75.

Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Metallarbeiter-Kongress in Gera. 2. Verschiedenes.
Wegen der Wichtigkeit der Tages-Ordnung wird um zahlreiches Besuch ersucht. 38 Der Vorstand.

Versammlung
des Fachvereins d. Posamentierers u. Seidenknopfmacher Montag, d. 12. cr., Abends präz. 8^{1/2} Uhr, Holzmarktstr. 10.
Tagesordnung: Wissenschaftlicher Vortrag des Hrn. Schäfer, Prediger der freireligiösen Gemeinde, u. Diskussionsfrage: „Die Arbeiterbewegung.“
Alle Kollegen sind hierzu freundlichst eingeladen. 39 Der Vorstand.

Ortskranken- u. Sterbekasse d. Böttcher
Sonntag, d. 11. d. M., Vorm. 10 Uhr, Lichtenbergerstraße 41 bei Herrn Heise.

General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Wahl von 6 Vorstands-Mitgliedern. 2. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. 41 F. Wilsch.

Elegante Masken-Garderobe
Fr. Panknin
Oranienstraße 178 b. 2. Etage.
Ede Adalberstr.

Rohfleisch, Brust 35, Keule 40 Pf.
Ede Adalberstr. 80 i. S.

Der neu eröffnete
VOLKS-BAZAR!!
(Kein Abzahlungs-Geschäft.)
Königsstrasse 22, parterre.
hat jetzt, um seinen neuen Kundenkreis zu erweitern, äußerst nützlichen Preise um fernere 10 pCt. herabgesetzt.
empfehle ich
Herrn u. Knaben-Garderobe, Uhren u. Goldwaaren, Fakturwaaren, Betten, Singer-Nähmaschinen, Wollwaaren, Hute, Schuhe, Stiefel, Damen- und Mädchen-Mantel.
Bei genügenden Referenzen bewilligen geru Kredit.